

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

266 (14.11.1951)

# ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 34 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 3) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Mittwoch, den 14. November 1951

Nr. 266

## Neue Sowjetnote wegen Spitzbergen

Türkei weist russische Vorwürfe zurück — Unbekannte Schiffe in dänischen Gewässern

Moskau (UP). Der stellvertretende russische Außenminister Gromyko überreichte dem norwegischen Gesandten in Moskau eine Note, in der Norwegen erneut vorgeworfen wird, es verletze seine internationalen Verpflichtungen, indem es Spitzbergen und die Bären-Inseln dem atlantischen Oberkommando General Eisenhower unterstellt habe. Die Sowjetunion könne darin nichts anderes als einen „feindseligen Akt“ sehen.

Die Türkei hat jetzt die kürzlich sowjetische Note beantwortet. Die türkische Regierung bestritt in ihrer Antwortnote, daß sie mit ihrem geplanten Eintritt in die nordatlantische Verteidigungsorganisation aggressive Absichten gegen Sowjetrußland verfolge. Der Nordatlantikpakt sei ein reines Verteidigungsabkommen, es bestehe also kein Grund, diesem Abkommen unter voller Beachtung der UN-Charta nicht beizutreten. Der Türkei stehe das Recht zu Verteidigungsvorbereitungen zu. Man könne jedoch in Zweifel ziehen, ob die militärischen Vorbereitungen der Ostblockstaaten nur defensiver Natur seien.

Fischer aus dem an der Nordwestküste Jütlands gelegenen Hafen Lökken berichteten, sie hätten in der Nordsee große Fischdampfer gesehen, von denen sie annahmen, daß sie aus der Ostzone Deutschlands oder aus der Sowjetunion stammten. Nach den Aussagen der Fischer sollen diese Fischdampfer auch in dänischen Hoheitsgewässern und zwar in der „Jammer Bay“ gekreuzt sein.

## Abstinenzsieg Churchills

London (UP). Die neue konservative Regierung Großbritanniens errang im Unterhaus ihren zweiten Abstimmungs Erfolg. Mit 318 gegen 281 Stimmen lehnte das Haus einen Labour-Antrag ab, der die Regierung wegen angeblichen Mangels an einer „konstruktiven Politik“ kritisierte und ihren Plan, das Parlament vom 7. Dezember bis zum 29. Januar in die Ferien zu schicken, ablehnte. Ohne Abstimmung nahm das Haus dann eine Resolution an, in der die Abgeordneten dem König für die Thronrede vom vergangenen Dienstag „erzelen danken“.

Winston Churchill wird sich, wie in London amtlich bekanntgegeben wurde, nach seinem Aufenthalt in den USA für zwei oder drei Tage nach Kanada begeben.

## Morgen Außenministerkonferenz

Adenauer läßt sich durch Hallstein vertreten — Ueberraschende Einladung nach Paris

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer ist zu einer am Donnerstag stattfindenden Außenminister-Konferenz der sechs an der Bildung einer Europa-Armee beteiligten Staaten nach Paris eingeladen worden. Das Bundespresidium gab dazu bekannt, der Kanzler sei in dieser Woche unabhängig und werde daher bei dieser Besprechung durch Staatssekretär Hallstein vertreten werden.

In Bonn hat die Einladung des Kanzlers überrascht, da von dem angeblich von Frankreich ausgehenden Plan einer solchen Beratung der Außenminister nichts bekannt war. In unterrichteten Kreisen der Bundesregierung wird die Auffassung vertreten, daß die Konferenz während ihrer ein- bis zweitägigen Verhandlungen drei Ziele anstreben werde:

1. Eine Beschleunigung der Arbeiten der ständigen Pariser Konferenz über die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft unter deutscher Beteiligung.

2. Die vorbereitende Erörterung eines etwaigen Zwischenberichts an die für den 24. November nach Rom einberufene Konferenz der NATO (Nordatlantische Verteidigungsorganisation). An sich war geplant gewesen, dieser Beratung des Atlantikrats bereits den Grundvertrag über eine Europa-Armee zuzustellen, doch wird der Entwurf dieses Vertrages bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich noch nicht endgültig fertiggestellt worden sein.

3. Eine öffentliche Demonstration angesichts der UN-Tagung, daß der Westen Europas entschlossen ist, seine Verteidigungsbereitschaft mit größter Beschleunigung zu vergrößern. In politischen Kreisen verspricht man sich von einer solchen Sitzung der Außenminister auch „einen gewissen Eindruck auf Herrn Wjshinsky“.

Entscheidende Beschlüsse der Konferenz werden in Bonn allerdings nicht erwartet. Jedoch erklärte ein Regierungssprecher, die Pariser Verhandlungen über die Bildung einer Europa-Armee seien jetzt an einem Punkt angelangt, an dem einige Probleme von den militärischen und technischen Beratern allein nicht mehr behandelt werden könnten. Eine Reihe von finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen, sowie bestimmte Produktionsangelegenheiten im Zusammenhang mit

Rüstungsproblemen müssten jetzt „nonerentoria“ entschieden werden.

Der Bundeskanzler und die drei Hochkommissare werden am Mittwoch in Mehlen, dem Amtssitz McCloy's, erneut zu einer Besprechung zusammentreten. In alliierten Kreisen glaubt man nicht, daß es während dieser Sitzung zu wichtigen Entscheidungen oder gar einer Einigung über den Entwurf eines Generalvertrages kommen wird. McCloy hatte am Dienstag vorbereitende Besprechungen mit seinem britischen Kollegen, Sir Ivone Kirkpatrick, und dem stellvertretenden französischen Hochkommissar, Armand Bernard.

## Amerikanische „Kabinettsitzung“ in Paris

Die Finanzierung der Europa-Armee war inzwischen Gegenstand einer amerikanischen „Kabinettsitzung“ in Paris, bei der Außenminister Acheson, Verteidigungsminister Lovett, der Administrator der Auslandshilfe, Harriman, und General Eisenhower anwesend waren. Im Vordergrund ihrer Aussprache standen folgende Probleme: 1. die USA sind mit ihren Waffenlieferungen nach Korea und zeitweiliger Engpässe in der amerikanischen Rüstungsindustrie weit im Rückstand; 2. Frankreich, Großbritannien und einige kleinere Atlantikpakt-Staaten stehen wegen des Dollarmangels vor einer wirtschaftlichen Krise und können ihre Rüstungsausgaben nur noch mit amerikanischer Hilfe steigern.

Diese Erkenntnisse sind die Ergebnisse der Untersuchungen des Exekutivbüros der atlantischen Verteidigungsorganisation, das sich in den letzten Tagen auch mit dem westdeutschen Verteidigungsbeitrag beschäftigte, zu dessen Finanzierung die Bundesrepublik im ersten Jahr etwa zwölf Milliarden DM aufbringen soll.

Unabhängig von den Beratungen des Exekutivbüros wurden auch die internen amerikanischen Besprechungen fortgesetzt, diesmal unter Teilnahme des Stabschefs der US-Streitkräfte, General Bradley. Armeeminister Pace hat sich inzwischen nach Westdeutschland begeben.

## US-Stützpunkte in Spanien

Der amerikanische Botschafter in Madrid hat sich nach Paris begeben, um Außenminister Acheson über die spanisch-amerikanischen Beziehungen zu unterrichten. Dabei soll auch die Überlassung spanischer Stützpunkte an die USA besprochen werden. Die US-Militärmission, die sich zehn Wochen lang in Spanien aufhielt, arbeitet zur Zeit an einem geheimen Bericht, der in den kommenden Verhandlungen mit der spanischen Regierung als Grundlage dienen soll. Wie man hört, sind die USA vor allem an sechs Flughäfen in Spanien-Marokko und Spanien und an mehreren Flottenstützpunkten, von denen einer in Cadix ausgebaut werden soll, interessiert. Man erwartet, daß Franco als Gegenleistung amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe fordern wird.

## VOM TAGE

1500 katholische Priester wurden, wie der Vatikanseiner berichtet, zur ungarischen Armee eingezogen.

Zu zwei Jahren Gefängnis wurde ein prominenter Mitglied der marokkanischen Unabhängigkeitspartei wegen „Anstiftung zu Mord und Störung der öffentlichen Ordnung“ verurteilt.

Zum Tode verurteilt wurden in Rakovnik in Böhmen drei Tschuchen, die ein Mitglied der staatlichen Sicherheitspolizei ermordet haben sollen.

Bundeskanzler Adenauer empfing die Vorsitzende der Zentrumspartei, Helene Wessel, zu einer informatorischen Aussprache über aktuelle innen- und außenpolitische Fragen.

Weitere 5000 Mann US-Truppen verließen die Häfen von Philadelphia und Norfolk. Sie werden in Bremerhaven erwartet.

Zur Tagung des Europa-Rats in Straßburg werden die kanadische und die neuseeländische Regierung parlamentarische Delegationen als Beobachter entsenden.

Von Terroristen wurden in Malaya ein europäischer Gummipflanzungsleiter und fünf Eingeborene ermordet.

Für etwa 30 000 DM Bargeld und Schmuck sind von Einbrechern aus der Wohnung des deutschen Handelsattachés in Paris gestohlen worden.

Die 13 amerikanischen Parlamentarier, die zur Zeit in Bonn weilen, nahmen an Sitzungen der Bundestagsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Heimatvertriebene teil.

100 000 DM für Wildschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik stiftete US-Hochkommissar McCloy aus seinem privaten Dispositionsfonds.

US-Marineminister Frank Pace traf von Paris kommend in Frankfurt ein. Er wird in Heidelberg mit dem Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa, General Handy, zusammentreffen.

## Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Fast gleichzeitig sind in zwei Landtagen des Bundesgebietes von zwei ganz verschiedenen Parteien Anträge zur Errichtung eines freiwilligen Landdienstes auf ländergesetzlicher Grundlage vorgelegt worden. Der niedersächsische Landtag verwies einen Antrag der SRP als Oppositionspartei, einen freiwilligen Arbeitsdienst für Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren einzurichten, mit den befürwortenden Stimmen des BHE, der Niederdeutschen Union und der FDP, an den Jugendausschuß des Landtags zur weiteren Beratung.

Dem Landtag für Württemberg-Baden wurde seitens der ebenfalls in Opposition stehenden CDU ein Initiativgesetzentwurf zur Schaffung eines freiwilligen Landdienstes vorgelegt. Letzterer soll „der Förderung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Stadt und Land, der Unterstützung des Bauernstandes und der Sicherung der Ernährungsgrundlage unseres Volkes“ dienen und einer Abteilung des Landwirtschaftsministeriums unterstellt werden. Das Mindestalter der Freiwilligen soll nach dem Entwurf 18 Jahre betragen. Meldeberechtigt soll jeder deutsche Staatsangehörige männlichen oder weiblichen Geschlechts sein, wobei über die Tauglichkeit durch eine ärztliche Untersuchung entschieden wird.

Für Beamte und Angestellte aller öffentlichen Verwaltungen des Landes wie für alle Lehrer und Erzieher soll dieser freiwillige Landdienst Pflicht und ein Teil ihrer Ausbildung sein. Beamten soll nach mindestens einjähriger Tätigkeit im Landdienst diese Dienstzeit bei Festsetzung ihres Beamtenalters doppelt angerechnet werden. Jugendliche bis zu 25 Jahren erhalten im Falle der Bewährung, nach mindestens einjähriger Tätigkeit im Landdienst, eine staatliche Ausbildung bzw. eine Aussteuerhilfe. Den Freiwilligen soll als Entgelt für ihre Arbeitsleistung bei den Bauern eine Vergütung durch letztere bezahlt werden, deren Höhe vom Bauernverband zusammen mit dem Landwirtschafts- und Arbeitsministerium festzulegen wäre. Zur Lenkung des Einsatzes sind in den Landkreisen Einsatzstellen einzurichten, die von charakterlich und fachlich geeigneten Persönlichkeiten geleitet werden. Der Staat soll seinerseits, falls notwendig, Unterkunftsräume stellen.

Die Vollversammlung der Vereinigung Deutscher Handwerkskammern, an welcher kürzlich die Präsidenten aller 46 Handwerkskammern des Bundesgebietes teilnahmen, und der mit ihr in Personalunion durch den Präsidenten verbundene Zentralverband des Deutschen Handwerks forderte erneut die beschleunigte Verabschiedung eines Gesetzes über die Handwerksordnung. Der Handwerksrat des Zentralverbandes bekannte sich erneut zum Gedanken des Mittelstandsblocks und erklärte, bisher habe eine planmäßige, den Mittelstand und das Handwerk fördernde Politik der Bundesregierung überhaupt gefehlt. In der Zusammenfassung und staatspolitischen Aktivierung aller mittelständischen Kräfte erblickte das Handwerk einen hervorragenden Beitrag zur Sicherung eines gesunden Aufbaues von Volk und Wirtschaft.

Handwerkspräsident Uhlemeyer gab neuerdings eine Erklärung dahingehend ab, daß der vom Mittelstandsblock grundsätzlich ausgesprochene Verzicht auf Bildung einer eigenen Kampfpartei von den anderen Parteien nicht damit beantwortet werden dürfe, daß sie in ihrem zunächst spontan bekundeten Interesse für den Mittelstand wieder nachließen. Der Vorsitzende des Landesverbandes Württembergischer Haus- und Grundbesitzvereine erklärte im Zusammenhang mit einem offenen Brief an Bundeskanzler Dr. Adenauer, die Bildung des Mittelstandsblocks sei ein nicht zu verkennendes Sturmzeichen für die Enttäuschung des gesamten Mittelstandes, insbesondere aber des Haus- und Grundbesitzes. Auf einer gemeinsamen Tagung der Präsidenten der im Mittelstandsblock zusammengeschlossenen Verbände in Bonn wurde beschlossen, im Laufe des Herbstes und Winters den Block bis zur Kreisebene durchzuorganisieren.

In den letzten Tagen haben wir einige Nachrichten verzeichnet, deren Bedeutung vielleicht erst dann in ihrer vollen Tragweite ersichtlich wird, wenn man sie aneinander reiht: Am 29. Oktober überraschte der japanische Ministerpräsident die Welt durch die Mitteilung, er sei bereit, ein japanisches Handelsbüro in Schanghai zu errichten und auch ein entsprechendes rothinesisches Büro in Tokio zuzulassen. Joschida begründete dieses Angebot mit dem Hinweis, es gehe ihm hierbei ausschließlich um die Wahrnehmung der beiderseitigen Handelsinteressen, wobei ideo-

## Erhöhung der Altbaumieten

Vorbereitung des Bundeswirtschaftsrats — Maßnahmen gegen Rechtsradikale

Bonn (ZSH). Unter Vorsitz Dr. Adenauers verabschiedete das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf, wonach die Altbaumieten in Häusern, die vor dem 1. April 1924 gebaut wurden, mit Wirkung vom 1. April 1952 um 10 Prozent erhöht werden sollen. Die sich hieraus ergebenden Mehreinnahmen sollen allein den Hausbesitzern zugute kommen.

Nach den Angaben des Regierungssprechers bedeutet dieser Beschluß jedoch nicht die endgültige Ablehnung eines Vorschlages des Bundesministers für den Wohnungsbau die Altbaumieten um 20 Prozent zu erhöhen, wobei die Hälfte des Mehrertrags dem sozialen Wohnungsbau zufließen soll. Der Sprecher fügte hinzu, die Bundesregierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Mietpreiserhöhung für die Sozialleistungsempfänger ausgeglichen werden müsse. Da aber die hierfür benötigten Mittel nicht mehr im laufenden Haushaltsjahr aufgebracht werden könnten, habe sich das Kabinett für eine Erhöhung der Mieten erst mit Beginn des nächsten Haushaltsjahres entschieden. Dieser Kabinettschluß bedarf noch der Zustimmung beider Häuser des Parlamentes.

Zusammen mit der „Verordnung über die Verbesserung der Ertragslage im Hausbesitz“ glaubt die Bundesregierung, mit der Erhöhung der Altbaumieten die Lage der Hausbesitzer erheblich zu erleichtern. Die erwähnte Verordnung sieht unter anderem die Umlage bestimmter Ausgaben des Vermieters auf den Mieter und die Freigabe der Ladenmieten vor.

Das Kabinett billigte ferner eine Änderung zum Nachtragshaushalt, wonach auf Vorschlag des Bundesfinanzministers der Bundeszuschuß für Berlin im Rechnungsjahr 1951/52 um 150 Millionen auf insgesamt 550 Millionen DM erhöht werden soll. In diesem Zusammenhang erörterten die Minister auch den Interzonenhandel und die Lage in Westberlin. Die Beratungen über die künftige Regelung des Interzonenhandels sollen zunächst mit den Sachverständigen der Bundesregierung und den Alliierten fortgesetzt werden. Eine Sonder Sitzung des Bundeskanzlers mit den Hochkommissaren über diese Frage ist gegenwärtig nicht vorgesehen.

In Gegenwart von Bundestagsabgeordneten der Regierungspartei beschäftigte sich das Kabinett auch mit grundsätzlichen Fragen der Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates. Diese Angelegenheit wird auch am Mittwoch zwischen der Bundesregierung und dem Deutschen Gewerkschaftsbund besprochen. Das Kabinett wird dann voraussichtlich am Freitag die Beratungen über den Bundeswirtschafts-

rat fortsetzen. Entscheidungen sind bisher noch nicht getroffen worden.

Nach einem weiteren Beschluß des Bundeskabinetts sollen Konsumgenossenschaften auch nach dem 31. Dezember dieses Jahres nicht nur an Mitglieder, sondern auch an andere Kunden verkaufen können.

Im Verlauf ihrer Diskussionen brachten die Regierungsmitglieder schließlic ihren Willen zum Ausdruck, die Ausbreitung neofaschistischer Organisationen zu verhindern. Neue Richtlinien und Anregungen dafür, wie man diese Tendenzen bekämpfen könne, sollen in Kürze dem Kabinett vorgelegt werden. Der Regierungssprecher wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß der Entwurf der Verfassungsklage gegen die SRP fertiggestellt werde, ebenfalls bald dem Kabinett vorgelegt werde. Die Bundesregierung glaube andererseits, in die alarmierenden Berichten über das angebliche Wiederaufleben neonazistischer Organisationen „ganz erhebliche Übertreibungen“ sehen zu müssen.

In einer Interpellation wendet sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen politische Äußerungen von Mitgliedern des Präsidiums des Verbandes deutscher Soldaten (VdS), die in der Öffentlichkeit als offene und versteckte Angriffe gegen die bestehende Staatsordnung angesehen würden. Die Bundesregierung wird gefragt, wie sie dafür sorgen werde, daß die berechtigten Anliegen ehemaliger Soldaten und die in ihnen lebendigen „wertvollen Kräfte des Pflichtbewußtseins und der kameradschaftlichen Treue nicht für staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden“.

## Die Verwaltungsausgaben

Die Verwaltungskosten des Bundes beanspruchen mit 576,7 Millionen DM nur 3,1 Prozent des rund 19 Milliarden DM betragenden Gesamthaushalts des Bundes für das Rechnungsjahr 1951/52. Nach einer im „Bulletin“ der Bundesregierung veröffentlichten Zusammenstellung belaufen sich die Büro-, Porto-, Geräte- und Reisekosten für die Bonner Ministerien auf insgesamt 20,5 Millionen DM und machen damit 0,1 Prozent des Bundeshaushaltes aus. Für Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den Bonner Ministerien werden im laufenden Rechnungsjahr 65 Millionen DM, das sind 0,3 Prozent, ausgegeben.

Bundesregierung und DGB wollen am Mittwoch vormittag ihre Aussprache über aktuelle Wirtschaftsprobleme fortsetzen. Im Mittelpunkt der Besprechung sollen Preise und Löhne sowie die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates stehen. Auch das Problem der Mitbestimmung wird behandelt.

# Deutschland auf UN-Tagesordnung

Scharfe Wortduelle zwischen Ost und West - Fernost- und Balkanuntersuchung beschlossen

Paris (UP). Der Antrag der westlichen Großmächte, eine UN-Kommission zur Prüfung der Möglichkeiten für freie, gesamtdeutsche Wahlen nach West- und Ostdeutschland zu entsenden, ist durch Beschluß der Generalversammlung mit 47 gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen auf die Tagesordnung gesetzt worden. Zunächst wird sich nun der Politische Ausschuß der Generalversammlung mit dem Antrag befassen und dann eine Empfehlung dem Plenum unterbreiten.

In der UN-Versammlung, die den von Planungsausschuß ausgearbeiteten Tagesordnungsentwurf beriet, kam es im Zusammenhang mit Deutschland, mit Rot-China und mit Jugoslawien zu heftigen Wortgefechten zwischen Delegierten der Westmächte und Vertretern des Sowjetblocks. Ein erneuter Versuch Wyschinskis, Rot-China den Weg in die UN zu öffnen, scheiterte. Die Beratungen über die Aufnahme der Marokko-Frage in die Tagesordnung wurde vertagt.

Gegen den Deutschland-Antrag der Westmächte wandten sich der sowjetische Außenminister Wyschinski, der israelische Außenminister Mosche Scharrett und ein Sprecher der tschechoslowakischen Delegation. Wyschinski behauptete, der Antrag stelle eine Verletzung der UN-Satzungen dar, die bestimmen, daß ehemalige Feindgebiete und die Regelung ihrer Probleme nicht unter die Zuständigkeit der UN fallen. Außerdem verstießen die Westmächte gegen das Potsdamer Abkommen, demzufolge nur der Außenministerrat der vier Großmächte über die Regelung der deutschen Fragen zu beschließen habe. Darüber hinaus warf Wyschinski den Westmächten vor, mit ihrem Antrag ebenso wie mit dem Schumanplan die Spaltung Deutschlands vorzuziehen.

Der britische Delegierte Sir Gladwyn Jebb vertrat demgegenüber die Ansicht, daß die Behandlung dieses deutschen Problems durchaus im Kompetenzbereich der UN liege. Die Westmächte hätten sich nie der Wiederherstellung der deutschen Einheit widersetzt. Gerade eine Untersuchungskommission der UN würde nach ihrer Ansicht die Wiederherstellung der deutschen Einheit erleichtern.

Der israelische Außenminister Mosche Scharrett behauptete, der Antrag der Westmächte sei moralisch unannehmbar und rechtlich nicht haltbar. Angesichts des wiedererwachenden Nazismus in Deutschland müsse Israel gegen diesen Antrag stimmen. Die demokratischen Elemente in Deutschland seien offenbar nicht in der Lage, den in Deutschland wiedererwachten Geist der Rache und des Hasses zu unterdrücken. Die Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker bedeute für Israel und für die Juden der ganzen Welt eine Entweihung des Andenkens an das Martyrium des jüdischen Volkes.

Israel wurde in einem wiedervereinigten und wiederbewaffneten Deutschland eine ernsthafte Bedrohung des Friedens erblickt.

Der amerikanische Delegierte Austin wies die Einwände Wyschinskis und Scharretts zurück. Er erinnerte daran, daß die Sitzungen der UN zu einer Zeit ausgearbeitet wurden, als gegen Deutschland noch Krieg geführt wurde. Sie könnten heute vom sowjetischen Block nicht als Vorwand dazu benutzt werden, jede Diskussion über deutsche Fragen vor den UN unmöglich zu machen. Die Argumente des israelischen Außenministers bezeichnete er als unlogisch. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß gerade eine unparteiische internationale Kommission die Möglichkeit habe, die wirkliche Haltung und Stimmung der deutschen Bevölkerung zu erforschen.

Zu befügenen Wortwechseln zwischen Ost und West kam es ferner über Anträge Nationalchinas und Jugoslawiens. Nationalchina hatte beantragt, die UN möchten „die Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Chinas durch die Sowjetunion“ prüfen. Von sowjetischer Seite war dagegen mit der Feststellung protestiert worden, daß „lediglich der Angriff der USA auf Korea eine Bedrohung im Fernen Osten geschaffen hat“. Der nationalchinesische Antrag wurde mit 30 gegen 3 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen. Jugoslawien ersuchte die UN, die gegen Jugoslawien gerichtete Aktivität der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Römániens und Albanens zu untersuchen. Auch dagegen legte die Sowjetunion Protest ein, wobei Worte wie „Titobanditen“ und „Satelliten der Imperialisten“ zu hören waren. Die Versammlung stimmte dem Antrag Jugoslawiens mit 44 gegen 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

Ohne Debatte beschloß die Versammlung, die Abrüstungspläne der Westmächte und der Sowjetunion in die Tagesordnung aufzunehmen. Außerdem gehören Palästina, die Behandlung der indischen Minderheit in Südafrika und Korea zu den Fragen, die in die umfangreiche Tagesordnung aufgenommen wurden.

### Bonn: Erfreulicher Beschluß

Ein Sprecher der Bundesregierung bezeichnete den Beschluß der UN, das Deutschlandproblem auf die Tagesordnung zu setzen, als sehr erfreulich. Er stelle einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands dar. Ministerialdirektor Blankenhorn begrüßte den erwähnten Beschluß als „durchschlagenden Erfolg“. Er sei für die Bevölkerung der deutschen Ostzone ein großer Trost, denn er sei für sie eine Zusage, daß sie nicht vergessen und die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sie gerichtet ist.

logische Gesichtspunkte keine Rolle spielen dürften.

Tags darauf erklärte Joschida seine Geneigtheit, mit der Sowjetunion und China in Friedensvertrags-Verhandlungen einzutreten, wobei er allerdings wohlweislich offenließ, welches China, das nationale oder das kommunistische, er meinte. Als daraufhin der Botschafter Tschiang Kai Scheks in Tokio zu verstehen gab, seine Regierung fühle sich durch die Erklärung Joschidas angesprochen, bekam er keine Antwort. Um so bemerkenswerter reagierten die Sowjets, die sich zwar noch nicht zu dem Angebot direkter Friedensvertragsverhandlungen äußerten, aber ihr Interesse an Beziehungen mit Japan dadurch bekundeten, daß sie billige Lieferungen von Kohle, Erzen und Petroleum offerierten, wenn Japan diese Rohstoffe gegen Kraftwagen, Textilien und bestimmte Fertigfabrikate eintauschen wolle. Und schließlich haben die Russen durchblicken lassen, daß sie gegen die Aufnahme von Verhandlungen über einen Handelsvertrag nichts einzuwenden hätten.

Alle diese Vorgänge wären vielleicht eine gewaltige Sensation, wenn man nicht einen Satz Joschidas in Erinnerung hätte, mit dem er nach seiner Rückkehr von der Friedenskonferenz in San Franzisko die Frage eines Journalisten nach der projektierten Aufrüstung Japans beantwortete; dieser lautete: „Ich denke gar nicht daran, schnell aufzurüsten. Erst kommt das Geschäft!“ Und bei diesem Geschäft scheinen die Japaner recht wenig ideologische Skrupel zu haben. Schon vor Wochen knüpften sie über Hongkong die ersten Beziehungen mit Peking an, die erstaunlich rasch sichtbare Erfolge zeigten. Deren weitere Entwicklung, bei der übrigens Indien Hilfestellung leistet, sollte mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt werden, da sie möglicherweise das politische Bild des Fernen Ostens in grundlegender Weise zu ändern vermag.

### Norwegens Premier trat zurück

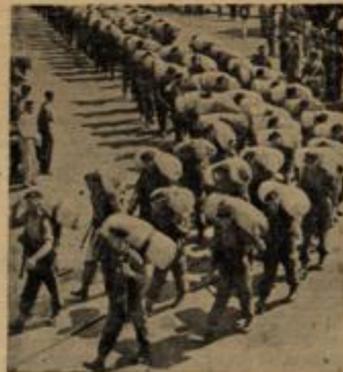
Oslo (UP). Der norwegische Ministerpräsident Einar Gerhardsen ist aus gesundheitlichen Gründen überraschend zurückgetreten. König Haakon hat die Demission angenommen. Zu seinem Nachfolger wurde sein Parteikollege, der Fraktionsvorsitzende der Sozialistischen Partei im Parlament, Oscar Torp, ernannt. Torp erklärte, daß sich an der norwegischen Innen- und Außenpolitik nichts ändern werde; jedoch würden später einige Veränderungen im Kabinett erfolgen. Obwohl der Rücktritt für die norwegische Öffentlichkeit völlig überraschend kam, erklärten liberale und konservative Oppositionskreise, sie seien überzeugt, daß Gerhardsen nicht aus persönlichen gesundheitlichen Gründen, sondern wegen einer Spaltung innerhalb seiner eigenen Partei zurückgetreten sei.

### Wieder Neutralitätsverletzungen?

Kommunistische Beschuldigungen - Vandenberg über die Luftfront in Korea

Seoul (UP). Radio Peking behauptete, daß die neutrale Zone nach Meldungen eines kommunistischen Berichterstatters am Sonntag von drei Flugzeugen der UN-Streitkräfte überflogen worden sei. Angeblich hätten diese Flugzeuge einen Höhenzug unweit des Konferenzgebietes mit Bordwaffen beschossen. Ein zweiter Zwischenfall ähnlicher Art soll sich am Montag zugetragen haben. Das UN-Hauptquartier hat eine Untersuchung der Vorfälle zugesagt. Nach den bisherigen Feststellungen wurde ein Gebiet außerhalb der neutralen Zone beschossen. Als auffällig haben die UN-Delegierten hervorgehoben, daß die Kommunisten ähnliche Vorwürfe vorbrachten, als die Besprechungen der Waffenstillstandsdelegationen zum ersten Mal festgefahren waren. In Pan Mun Jon konnten keine Fortschritte erzielt werden, obwohl die Sitzung über fünf Stunden lang dauerte. Von den Fronten liegen keine neuen Nachrichten vor.

Der Stabschef der US-Luftflotte, General Vandenberg, der zur Zeit die Koreafront beaufsichtigt, teilte mit, daß die Kommunisten gegenwärtig sämtliche in der Mandschurei stationierten Jagdflugzeuge in den Kampf gegen die UN-Streitkräfte geworfen hätten. Ihre Zahl werde auf etwa 600 geschätzt. An dieser Tatsache sei jedoch weiter nichts „Alarmierendes“. Trotz der Überlegenheit der MIG-15 in Bezug auf ihre Geschwindigkeit, betrage das Abschulverhältnis zwischen den amerikanischen Sabre-Jägern und den gegnerischen Düsenflugzeugen 14:1. Die Verluste an eigenen Bombern seien zwar gelegentlich sehr hoch, die amerikanische Presse übertreibe jedoch meist mit ihren Zahlenangaben.



Britische Verstärkungen für Korea

Die in Korea kämpfenden britischen Verbände erhielten durch die Entsendung von drei Artillerie-Regimentern aus der Kronkolonie Hongkong Verstärkung. Unser Bild zeigt die Mannschaften auf dem Marsch durch die Straßen von Hongkong zum Hafen.



Die beiden Sowjetdelegierten bei der Pariser UN-Vollversammlung Jakob Malik (links) und Außenminister Wyschinski, im ersten Gespräch vertieft. Der britische Außenminister Eden hatte sie noch einmal aufgerufen, die Abrüstungsvorschläge der Westmächte ernsthaft zu prüfen

# Kairo will Sudan-Regierung bilden

Nahas Pascha fordert starke Armee - Demonstrationen in Alexandria

Kairo (UP). Die ägyptische Regierung beschäftigt sich zur Zeit mit dem Plan der Bildung eines Kabinetts und eines Parlaments für den Sudan, von der amtierende ägyptische Außenminister Ibrahim Farag Pascha mitteilte. Die ägyptische Regierung werde sich vor den entscheidenden Beschlüssen mit gewissen Persönlichkeiten des Sudan ins Benehmen setzen. Sie sei entschlossen, auf diesem Wege die Selbständigkeit des Sudan herzustellen.

Ibrahim Farag Pascha teilte mit, daß die USA bisher keine neuen Vermittlungsvorschläge zur Schlichtung des britisch-ägyptischen Konflikts gemacht hätten. Es sei ferner nicht wahr, daß Außenminister Salah el Din in Paris mit dem amerikanischen Außenminister Acheson zusammengekommen sei.

Der ägyptische Ministerpräsident Mustafa Nahas Pascha forderte auf einer Kundgebung in Kairo vor etwa 3000 Personen den Aufbau einer nationalen Armee, die eine der besten der Welt werden müsse. Die Armee sei Ägyptens Schutzschild gegen die ausländische Aggression. Nahas Pascha erklärte, die Regierung werde keine Opfer scheuen, um die Einheit des Niltales zu verwirklichen. „Es ist dabei ganz unerheblich, ob wir am Tage der Unabhängigkeit leben oder tot sind“, sagte der Ministerpräsident.

Den britischen Truppen und ihren Angehörigen wurde am Dienstag das Betreten der Städte Ismailia, Port Said und Suez verboten, da auch dort Kundgebungen veranstaltet wurden. Diese Maßnahme wurde von den britischen Behörden im Einvernehmen mit den

Ägyptern getroffen, die die Zustimmung gegeben hatten, daß es zu keinen Unruhen kommen werde.

In Alexandria protestierten etwa 250 000 Ägypter in einer Demonstration gegen die Aufrechterhaltung der britischen Besetzung der Sueskanal-Zone nach der Kündigung des Vertrages von 1936 durch Ägypten. Die riesige Demonstration führte auf einer acht Kilometer langen Straße zur Sommerresidenz König Faruks. Der Zug war vier Kilometer lang. Zum ersten Mal nahmen auch Frauen teil. Etwa 3000 Mitglieder verschiedener Frauenorganisationen marschierten im Zuge mit, gefolgt von etwa 3000 Sudanesen. Vor dem königlichen Palast brach die Menge in Rufe aus „Es lebe König Faruk“, „Nieder mit Großbritannien“, „Nieder mit dem Imperialismus“, „Wir fordern die Einheit Ägyptens mit dem Sudan“.

### Britisch-arabische Gespräche in Paris

Britische Politiker hatten in Paris mehrere Unterredungen mit arabischen Persönlichkeiten. Nach Mitteilung von britischen Beamten habe es sich gezeigt, daß Syrien, Irak und Libanon „im Prinzip“ an dem von den Westmächten und der Türkei vorgeschlagenen Verteidigungskommando interessiert seien. Ägyptische Sprecher betonten inzwischen erneut, daß sie diesen Plan ablehnen und daß in dieser Hinsicht volle Übereinstimmung zwischen allen arabischen Staaten herrsche. Amerikanische Sprecher lehnten es ab, sich darüber zu äußern, ob Außenminister Acheson die Absicht habe, im anglo-ägyptischen Konflikt zu vermitteln.

### US-Transportflugzeug überfällig

Wiesbaden (UP). Ein amerikanisches Sanitätsflugzeug, das mit 33 Soldaten an Bord von Frankfurt nach Bordeaux unterwegs war, wird seit Dienstag abend vermißt. Mit Radargeräten ausgestattete Maschinen wurden inzwischen auf die Suche nach dem überfälligen Flugzeug geschickt. Das Flugzeug soll auf der Route zwischen Dijon und der französischen Hafenstadt Bordeaux verschwunden sein. Ein amerikanischer Fliegeroffizier vom Flugplatz Merignac bei Bordeaux gab bekannt, daß nach unbestätigten Berichten westlich Lyon ein Flugzeug abgestürzt sei. Es sei möglich, daß es sich um die vermißte Maschine handelt.

### Vereitelte Kundgebung am Sarg

Berlin (UP). Ein Aufgebot von mehreren hundert Westpolizisten vereitelte die angekündigten kommunistischen Versuche, das Begräbnis des angeblich ermordeten Eisenbahners Ernst Kamieth in eine Propaganda-Kundgebung zu verwandeln. Kamieth soll nach den Behauptungen der Ostpresse, die von der sowjetischen Behörde später in einem offiziellen Protest an die Amerikaner aufgeführt wurden, bei der Auflösung einer kommunistischen Versammlung im US-Sektor von einem Westberliner Polizisten durch Fausthieb getötet worden sein. Die Westberliner Stellen erklärten hierzu, daß der Eisenbahnler nach einem Streit mit Kollegen an den Folgen einer Verletzung gestorben sei. Die rund 4000 Menschen, die an der Kundgebung teilnehmen wollten, ließen angesichts starker Sperrketten der Polizei Westberlins ihre Marschpläne fallen.

### Bergarbeiterstreik in Frankreich

Douai (UP). Etwa 25 000 Bergarbeiter in dem nordost-französischen Kohlenrevier um Douai befinden sich seit Dienstag im Streik. Der Ausstand soll als Protest gegen eine Regierungsverordnung durchgeführt werden, nach der die Arbeiter alle Medikamente, die ihnen durch das Sozialversicherungssystem zur Verfügung gestellt werden, zu 15 Prozent selbst bezahlen sollen.

### Simpionbahn

durch Erdsturz verschüttet

Sturmregen in Italien lassen nach

Mailand (UP). Die verheerenden Sturmregen in Norditalien ließen zwar an Stärke nach, doch treffen noch immer neue Meldungen von Unglücksfällen und Zerstörungen ein. In der Nähe von Pavia ertranken drei Personen in den Fluten des Po. Die Simpionbahn ist zwischen Domodossola und Varzo durch einen gewaltigen Erdsturz auf etwa 300 m verschüttet worden. Die Geröllmassen türmen sich teilweise bis zu 30 Metern über den Gleisen auf. Vier Arbeiter kamen bei dem Erdsturz ums Leben. Der Verkehr auf der Gotthardbahn konnte wieder aufgenommen werden. Die 50 000 Einwohner der südfranzösischen Stadt Avignon stehen bereit, ihre Behausungen zu verlassen, um sich vor den Fluten der Rhône, deren Wasserstand die Gefahrenmarke erreicht hat, in Sicherheit zu bringen. Westösterreich wurde ebenfalls von Regengüssen heimgesucht. Der in den staatlichen Wäldern angerichtete Schaden soll sich auf etwa eine Million Schilling belaufen.

### Drei Züge aus den Gleisen gehoben

20 Tote bei Eisenbahnkatastrophe

Evanston/USA (UP). Ein Stromlinienzug der Union-Pazifik-Bahn raste während eines schweren Schneesturmes in voller Fahrt in einen Schnellzug desselben Typs hinein. 20 Tote konnten bis jetzt aus den Trümmern geborgen werden, doch wird befürchtet, daß die Zahl der tödlich Verletzten erheblich höher liegt. 49 Personen wurden verletzt. Vier Wagen wurden teleskopartig zusammengedrückt. Durch die Wucht des Aufpralls wurden die Waggons aus den Gleisen geworfen. Ein auf einem Nebengleis wartender Güterzug wurde ebenfalls umgeworfen. Die eingeschlossenen Passagiere mußten mit Schneidebrennern befreit werden.

### Wieder eine Atomexplosion

Las Vegas (UP). Las Vegas, nicht weit vom Versuchsgelände der amerikanischen Atomenergie-Kommission gelegen, wurde am Dienstag von einer starken Explosion erschüttert. Die Kommission verweigerte jede Auskunft. Man nimmt an, daß es sich um eine TNT-Explosion handelte, die anscheinend die „zweite Phase“ der Atom-Explosionsserie auf dem 150 km entfernten „Frenchman's Flat“-Übungsgelände auslöste.

### Scharfe Kritik an Mossadeg

Wachsende kommunistische Gefahr in Iran

Teheran (UP). Im iranischen Parlament kam es wieder zu heftigen Auseinandersetzungen um die Politik des Ministerpräsidenten Mossadeg. Etwa 29 Abgeordnete verließen den Sitzungssaal, als Abol Fasil Hazeghi das Kabinett gegen die Angriffe der Opposition verteidigte. Die Mehrheit des Parlaments billigte die Politik des Regierungschefs. Hazeghi sagte, daß die Verstaatlichung der Erdölindustrie zu neun Zehnteln bereits durchgeführt sei. Das iranische Volk müsse bereit sein, weitere Schwierigkeiten und Entbehrungen auf sich zu nehmen, um den Kampf zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Oppositionsführer Emami warf Mossadeg vor, einen Monat in den USA verweilt zu haben und doch mit leeren Händen nach Hause zurückzukehren. Die Regierung verhalte sich gegenüber der kommunistischen Gefahr im Inneren Irans recht töricht. Emami sagte für die bevorstehenden Parlamentswahlen einen Sieg der Kommunisten voraus. Besonders in der sowjetisch-persischen Grenzprovinz Aserbeidschan sei die (kommunistische) Tudeh-Partei drauf und dran, die Regierungsgewalt an sich zu reißen.

Mus der Stadt Ettlingen

Der gesamte Elternbeirat der Knabenschule wird zu der ersten Elternversammlung am Donnerstag, 15. Nov., 20 Uhr in die Thiebauschule, 3. Stock, Zimmer 20, freundlich eingeladen.

Ingeborg Endres singt

am Donnerstag abend 20 Uhr in einem Konzert der Gesangsschule Hilde Kimmel-Büchler, in der die junge Ettlinger Künstlerin ihre Ausbildung erhielt. Die Begleitung am Klavier hat Komponist Siegfried Bergelt übernommen. Das Konzert findet im Funksaal des Studio Karlsruhe (Ziegleraal), Baumeisterstraße 10, statt. Karten an der Abendkasse.

Ein Sturm auf die Abendkasse

in der Stadthalle gab es schon zweimal, als das Rundfunk-Fritzle hier war. Jedesmal war das Haus bis auf den letzten Platz ausverkauft und viele mußten umkehren. Weshalb sichert man sich schon jetzt seinen Sitzplatz, zumal Deutschlands berühmte Rundfunknachtigal Magda Hain ebenfalls am kommenden Sonntagabend mit auftritt.

Karten im Vorverkauf sind im Zigarrenhaus Stöhrer, Kronenstr. 3, erhältlich.

Buß- und Bettag gesetzlicher Feiertag

Das vom württemberg-badischen Landtag beschlossene und am 5. November erlassene neue Feiertagsgesetz führt unter den Festtagen namentlich auch den Buß- und Bettag auf. Damit hat der Buß- und Bettag Festtagsschutz mit allgemeiner Arbeitsruhe und Lohnzahlungspflicht erhalten, allerdings mit der Einschränkung, daß er nur geschützt ist in den Gemeinden, deren Einwohner überwiegend dem evangelischen Bekenntnis angehören. Das Gesetz bestimmt, daß, wenn in gemischten Gemeinden Zweifel über den Schutz eines Tages entstehen, nach Anhörung der zuständigen kirchlichen Behörde der Kreisrat, in kreisfreien Städten und den unmittelbaren Kreisstädten der Gemeinderat entscheidet.

Neue Stimmausweise für die Volksabstimmung

Die Wahlberechtigten in den über 3000 Einwohner zählenden Gemeinden Württemberg-Badens erhalten in den nächsten Tagen die neue Stimmausweise für die Südweststaat- Volksabstimmung am 9. Dezember 1951. In den Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohner behalten die alten Stimmausweise ihre Gültigkeit. Als Stichtag für die Berechtigung zur Teilnahme an der Abstimmung gilt grundsätzlich der 16. September 1951. Wer nach diesem Tag umgezogen ist, muß daher entweder in seinem letzten Wohnort abstimmen oder dort rechtzeitig einen Stimmschein beantragen. Die Stimmscheine haben nur in dem Abstimmungsbezirk Gültigkeit, in dem sie ausgestellt worden sind, also entweder in Württemberg oder in Nordbaden.

Weihnachtspakete für die Ostzone

Sechs karitative Organisationen der Bundesrepublik werden in den nächsten Tagen im ganzen Bundesgebiet mit einer großen Werbekampagne für die Verschickung von Weihnachtspaketen in die sowjetisch besetzten Teile Deutschlands beginnen. Im vergangenen Jahr konnten die in der Hilfsaktion vereinigten Verbände zur Weihnachtszeit die Verschickung von rund 1,2 Millionen Paketen und Päckchen in die Sowjetzone vermitteln.

Capitol „Mit Pinsel und Degen“

Am Hof Ludwig XV. läuft ein dramatisches Lustspiel ab; wenigstens erscheint es im Film so. Allen Hindernissen zum Trotz wird der Duc de Chandre durch eine politische Hochzeit mit der Prinzessin Maria von Spanien vermählt. Der Rasierpinsel und der Degen sind die entscheidenden Waffen, mit denen ein französisch-spanischer Krieg vermieden wird, denn diese beiden Utensilien bringen die Hochzeit und damit den Frieden zustande. Der Film bringt seinen treffenden Spott auf die Politik gut an. Wohl wird er von der Handlung überdeckt, aber er erscheint dem aufmerksamen Zuschauer immer wieder. Diese geistvolle politische Glosse, die eigentlich auf alle Geschichtsabschnitte anzuwenden wäre, macht dieses Stück sehenswert. Die Capitol-Lichtspiele zeigen diesen Film nur noch heute.

Uli „In die Falle getockt“

zeigen die Union-Lichtspiele nur noch heute. Dieser Wildwestfilm spielt im alten Texas der 80er Jahre und beschreibt den Kampf zwischen den alleingesessenen Viehherdenbesitzern, den Pecos, und den neuzugewanderten Farmern.

Bereins-Nachrichten

Kolpingfamilie

Die Vorstandsmitglieder treffen sich heute, Mittwoch, 20.30 Uhr im Elisabethenhaus zu einer kurzen Besprechung.

Die G3 gratuliert

Gemeinderat Glunk, Hans-Thoma-Straße 1, feiert morgen die Vollendung seines 69. Lebensjahres. Gemeinderat Glunk ist auch außerhalb seiner Fraktion ein außerordentlich beliebter Vertreter der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Gemeinderat Rudolf Novak, Langewingertstraße 9, vollendet am 15. Nov. sein 60. Lebensjahr.

Amerikanische Kommunalpolitik

Vortrag von Mr. Chester B. Lewis am 2. Tag der Internationalen Woche in Ettlingen

Das Hauptreferat am Dienstag hielt der politische Berater bei der amerikanischen Landeskommission, Mr. Chester B. Lewis (Stuttgart). Seit sechs Jahren steht er in dieser verantwortungsvollen Tätigkeit, bei der er sich besonders bemüht hat, das demokratische Leben in unserem Land zu fördern. Seit dem Weggang von Mr. Wyatt gehört zu seinem Aufgabenbereich auch die Kommunalpolitik, wobei ihm ein besonders bewährter deutscher Vorkämpfer des Selbstverwaltungsgedankens, Peter Günther, der Mitherausgeber von „Bürger und Gemeinde“, zur Seite steht.

Aus dem Vortrag von Mr. Lewis veröffentlichen wir die wichtigsten Teile.

Seit fast 400 Jahren experimentieren die Amerikaner mit verschiedenen Formen der Kommunalverwaltung, doch nie haben sie die Grundlage verändert, nämlich dem Individuum das unveräußerliche Recht zu sichern, sich sein Leben ohne ungebührliche Einmischung der Regierung zu gestalten.

Welches Leben führten die Europäer in Amerika vor der Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1776?

Gleichzeitig mit dem Gefühl des Argwehns gegenüber jeder Machtballung wuchs die Notwendigkeit der Selbsterhaltung und Selbstverwaltung, verstärkt noch durch die isolierte Lage der einzelnen Ansiedlungen. Es war nur logisch, daß eine Gemeinde unter diesen Umständen Wert darauf legen mußte, jedem einzelnen Bürger gleiches Recht zu gewähren. Vom praktischen Standpunkt aus gesehen muß man sich vergegenwärtigen, daß der einzelne Bürger im Hinblick auf die Erhaltung seiner Familie und den Schutz seiner Gemeinde eine Verantwortung zu tragen hat, die im Vergleich zu ihrem europäischen Gegenstück ungleich schwerer war. Der Nachbar des einzelnen Bürgers war wichtig, ja man kann sagen noch wichtiger als er selbst, denn von der Art der Zusammenarbeit mit dem Nachbarn hing der Wert der Verteidigung gegen die Angriffe feindlicher Stämme, oft auch der Schutz vor Hunger, ab. So ist es zu erklären, daß der Mitbürger wichtiger wurde als der Eigennutz des einzelnen.

Das Ergebnis waren die „Bürgerversammlungen“, die „Öffentlichen Ratsitzungen“, waren „Referendum“ und „Initiative“. Anfangs waren bestimmt die Bürgerversammlungen das beste Beispiel für die gemeinsame Zusammenarbeit.

Die vom Osten nach Westen vordringenden Pioniere haben mit vielen Typen der Lokalverwaltung experimentiert, aber schließlich kristallisierten sich doch zwei Kategorien heraus — das Ratsystem (council system) und das Kommissariatensystem (commission system). Zwischen diesen beiden Systemen bestehen sehr erhebliche Unterschiede. Das Ratsystem ist von Europa entlehnt und funktioniert in ganz ähnlicher Weise wie in der alten Welt, wobei der Rat bzw. Stadt- oder Gemeinderat als Legislative wirkt und der Bürgermeister als Exekutive steht.

Aus diesen beiden Formen der Kommunalverwaltung hat sich ein halbes Dutzend Spielarten entwickelt, von denen einige gut, die anderen weniger gut sind. Wahrscheinlich ist die praktischste und vorteilhafteste die unter dem Namen „city manager system“ bekannte Form. In Anlehnung an das Stadtratsystem funktioniert das Stadtdirektorensystem wie folgt: Bürgermeister und Stadtrat haben lediglich legislative Funktionen. Gemeinsam wählen sie einen Kommunalverwaltungsfachmann, den Stadtdirektor. Seine Pflichten sind ausschließlich exekutive und verwaltungsmäßige und schließen die absolute Vollmacht für Einstellung, Entlassung und sonstige Exekutivaufgaben ein. Trotz aller dieser erheblichen Vollmachten kann er auf einen Wink des Bürgermeisters oder Stadtrates entlassen werden. Dieses System ist nahezu eine genaue Kopie der parlamentarischen Regierungsform, natürlich auf viel schmalere Basis. Es hat seine politischen und finanziellen Vorzüge der Öffentlichkeit bewiesen.

Es gibt heute in den Vereinigten Staaten wohl nicht eine einzige Gemeinde, die nicht wenigstens vier der im folgenden aufgeführten fünf wirksamsten Kontrollmethoden durch die Öffentlichkeit zur Anwendung bringen:

- 1. Öffentlich Bedienstete werden entweder auf zwei oder vier Jahre gewählt und können ihre Dienstzeit nicht durch einen eigenmächtigen Verwaltungsakt verlängern.
2. Wahlbeamte unterliegen einem Abberufungsverfahren. Eine Neuwahl zur Ermittlung der öffentlichen Meinung über einen Wahlbeamten kann jederzeit auf Verlangen eines kleinen Teiles der wahlberechtigten Bürger angesetzt werden.
3. Im Fall einer Verletzung der Gesetze oder der Verfassung können Beamte auf dem Wege der Klage (impeachment proceeding) aus dem Amt entfernt werden. Ein derartiges Verfahren kann durch jeden beliebigen Bürger eingeleitet werden.
4. Auf Antrag eines kleinen Prozentsatzes der Bevölkerung muß eine Volksabstimmung über beanstandete oder angestrebte gesetzgeberische Maßnahmen erfolgen (Initiative, Referendum).
5. Offene Stadtratsitzungen. Die Öffentlichkeit hat nicht nur das Recht, den Verhandlungen des Stadtrates beizuwohnen, sondern wird darüber hinaus angehalten, zu jedem Diskussionspunkt ihre Meinung zu äußern.

Das Kommunal- oder Kreisratssystem sieht die Wahl eines autonomen Schulkollegiums nach Maßgabe des gleichen Wahlverfahrens wie bei den Gemeinderatswahlen vor. Dem Schulkollegium obliegt die Aufgabe, die Schulen zu errichten und zu betreiben und zu diesem Zweck von der Gemeinde eine Schulsteuer zu erheben. Einem Parteiprogramm wird im allgemeinen keine große Bedeutung hinsichtlich seines

Einflusses auf die Gemeinde zugemessen. Es ist oft genug so, daß verschiedene Kandidaten der gleichen politischen Partei, die sich bei der Vorwahl aufstellen lassen, erheblich verschiedene Programme vertreten. Eine solche Situation wäre in Deutschland sehr unwahrscheinlich.

Die Angestellten, die aus öffentlichen Geldern bezahlt werden, sind der Bevölkerung gegenüber für alle ihre Handlungen voll rechenschaftspflichtig. Die Tüchtigkeit des „öffentlichen Bediensteten“ läßt sich nicht nur am Bestehen entsprechender Befähigungsnachweise, sondern auch an der Hingabe messen, mit welcher er die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt. Der „öffentliche Bedienstete“ ist ständig unter dem kritischen Auge der Öffentlichkeit. Das unmittelbare Ergebnis ist das große Können eines fortschrittlich und bürgerlich gesinnten öffentlichen Dienstes.

In Amerika, besonders auf der Gemeindeebene, bestehen zahlreiche, sehr verschiedenartige Erziehungsanstalten, deren einzige Aufgabe es ist, den öffentlichen Bediensteten dauernd über Veränderungen auf dem Gebiet der Verwaltungstechnik auf dem Laufenden zu halten.

Man muß immer wieder daran denken, daß für den Amerikaner eine Amtsperson lediglich ein Vertreter des Volkes ist, nicht aber der Staat als solcher. Ihr Wirken und ihre Person unterliegt der Annahme oder der Ablehnung durch die Bevölkerung. Der Staat jedoch ist ein übergeordneter Begriff, der weit über dem einzelnen Amtsträger steht.

Selbst die kleinste Minorität erhält damit eine Möglichkeit, ihre Meinung zu sagen, öffentliche Unterstützung zu fordern, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, ihr demokratisches Recht auf Befragung ihrer öffentlichen Bediensteten auszuüben.

Alles in allem kann man sagen, daß sich Jeffersons Philosophie in Amerika als richtig herausgestellt hat: Das Volk hat ohne jeden Zweifel bewiesen, daß es seine eigenen Angelegenheiten sehr wohl verwalten und beaufsichtigen kann.

In der ausgedehnten Diskussion empfahl Mr. Lewis den deutschen Kommunalpolitikern einen Grundsatz, der sich im angelsächsischen Leben sehr bewährt: nach einer Abstimmung oder Wahl müsse sich auch der unterlegene Teil der Bevölkerung für die Durchführung der Beschlüsse einsetzen und die Gewählten sollten sich auch gegenüber der Minderheit verantwortlich fühlen.

Am Nachmittag hielt Mr. Hurley von der US-Landeskommission einen sehr aufschlußreichen Vortrag über Verkehrssicherheit, von dem wir noch berichten werden. In ausgearbeiteter Weise berichtete dann Frau Marianne Gatzille (Krefeld) über die Stellung der Frau.

Wie bereits berichtet, gab die Stadt Ettlingen gestern mittag einen Empfang für die Teilnehmer im Hotel „Erbsprin“, bei dem Bürgermeister Rimmelspacher, Dr. Hagen, Landesbezirkspräsident Dr. Unser und Mr. Lewis über die Ziele der jetzt zwei Jahre bestehenden Selbstverwaltungsschule Ettlingen sprachen.

Das Donnerstag-Thema: die Schweiz

Nachdem am heutigen Mittwoch die französische Kommunalpolitik behandelt worden ist, wird morgen in der Internationalen Woche die Schweiz zu Wort kommen. Um 9 Uhr wird Stadtmann Dr. Anderegg (St. Gallen) über schweizerische Selbstverwaltung sprechen, um 15 Uhr der bekannte Historiker Prof. A. Gasser (Basel) über Gemeindefreiheit und um 16.30 Uhr Dr. Wyler (Bern), der Präsident der Internat. Bürgermeister-Union für europäische Zusammenarbeit. Da das schweizerische Gemeindeglied aus den gleichen Wurzeln entspringen ist wie unser deutsches, werden die Donnerstag-Vorträge zweifellos ganz besonders anregend sein.

Ettlinger Elferrat konstituiert

Überall, wo Narrenzümpfe bestehen, wurde am 11. 11. die Faschingsaison 1951/52 eröffnet. So versammelten sich auch am Sonntagabend der Elferrat der Narrengilde Ettlingen unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Franz L., in seinem Stammstübli zur „Engelsburg“, in seinem Stammsitz zur „Engelsburg“, zu den ersten Beratungen über das Abrollen des „Ettlinger Faschings an de Baach“ zu starten. Die Einmütigkeit der 11 Räte, deren sprühender Humor und gesunder Witz wie in früheren Jahren auch in diesem Jahr wieder das Gesicht des Ettlinger Faschings formen wird, kam darin zum Ausdruck, die einmal übernommene Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit auch in der neuen Saison fortzuführen. Der Fasching an der Alb soll auch in diesem Jahr wieder in seiner Bodenständigkeit wachgehalten werden. Die Veranstaltungen sollen keine Sumpfe der Ausgelassenheit und Gemeinheit sein, sondern wirkliche Sorgenbrecher in Sitte und Anstand.

Die Aussprache galt in erster Linie der Programmgestaltung. Als Träger des Faschingsgedankens wird die Narrengilde Ettlingen am Sonntag, 13. Januar 1952 in der Stadthalle mit einer großen Damen- und Fremdensitzung die Saison eröffnen. Das vergangene Jahr bot wieder eine Fülle viel belachter Ereignisse, deren Verwertung in den verschiedensten Programmpunkten viele Lächer auf seiner Seite haben wird. Um die Bodenständigkeit zu wahren, wird das gesamte Programm — wie immer — nur von heimischen Kräften bestritten, deren Ortskenntnis und Sinn für Humor die Begebenheiten mit Satire und Witz zum Vortrag bringt. Da im vergangenen Jahr das Fehlen eines Faschingsumzuges viel bemängelt wurde, nimmt sich die Narrengilde auch dieser Aufgabe an, jedoch kann nur die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Vereine, etwas zustandebringen. Eine Besprechung des Verkehrsvereins mit

Mus dem Albgau

Bruchhausen berichtet

Bruchhausen. Unter dem Viehbestand des Josef Müller, Hautstraße 1, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen; es sind somit zwei Stallungen verseucht. Auch hier wurden die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Ettlingenweier

Ettlingenweier. Im Rahmen der Kirchweih, die dieses Jahr auf den für die Karnevalsgesellschaften bedeutsamen Tag, den 11. 11., fiel, machte die hiesige junge Karnevalsgesellschaft ihre Aufwartung. Der Elferrat „Der Bohlengringel“ zog im Narrenhaus zum „Adler“ ein und hielt seine erste Sitzung ab, bei der dem letztjährigen „Gringelprinzen“ Reinhold Melzer erneut das Vertrauen ausgesprochen wurde. Im Anschluß an die erste Sitzung zog der Elferrat von Lokal zu Lokal und kündete dabei von seinem Wirken.

Zur Kirchweih selbst: Seit langem fand eine Kirchweih nicht mehr diesen Zuspruch wie gerade in diesem Jahr. Alt und jung war auf den Beinen, und die Wirtsleute waren auf größtes Wohl der Gäste bedacht, mußten aber zu ihrem eigenen Bedauern feststellen, daß ihre Gaststuben zu klein waren, um allen gerecht zu werden. Auch beim Ausklang am Montag konnten noch zahlreiche Gäste begrüßt werden und so fand die Kirchweih einen stimmungsvollen Abschluß, der durch keine Zwischenfälle getrübt wurde.

Herrenalb

Herrenalb. Vertreter des Lutherischen Weltbundes in der Bundesrepublik treffen sich vom 21. bis 23. November mit Vertretern der Deutschen Lutherischen Kirche in der Evangelischen Akademie Baden in Herrenalb zu einer Konferenz. (lwb)

Neues aus Langensteinbach

Langensteinbach. Eheaufgebote: Heinz Werner Kohlmeier, kaufm. Angestellter, mit Emilie Emilie Schöpe, Langensteinbach; ferner Hermann Albert Rupp, Dentist, mit Harvorenne Henn aus Graben.

Wir gratulieren ferner zu hohen Geburtstagen: Frau Emma Böhmerle, Witwe von Pfarrer Böhmerle, begeht am 17. Nov. ihren 82. Karl Bauer, Landwirt, Großvater von Emilie Schöpe, begeht am 21. Nov. seinen 79. Geburtstag. Frau Anna Wenzel, Jahnstraße, konnte am 1. Nov. ihren 75. und Frau Karoline Denninger, Witwe von Christian Denninger ebenfalls am 1. Nov. ihren 74. Geburtstag begehen.

Bericht aus Speffart

Geburtstage

Speffart. In diesen Tagen konnten einige Speffarter über 70 Jahre ihren Geburtstag feiern. Am 12. Nov. Frau Marie Hohenschläger, geb. Wurzinger, Hauptstr. 29. Am 13. Nov. wurde Leopold Schäfer, Hauptstr. 43, 76 Jahre alt. Leider ist der Gesundheitszustand des Jubilars nicht gut. Am 14. Nov. wird Robert Weber, Brunnenstraße, ebenfalls 71 Jahre alt. Er ist noch sehr rüstig und hat noch seinen guten Humor. Ebenso wird unser Mitbürger Alois Kraft an diesem Tage 74 Jahre alt. Bei ihm läßt der Gesundheitszustand viel zu wünschen übrig. Auch zwei Speffarter Heimatvertriebene können in dieser Woche ihren 77. bzw. den 75. Geburtstag feiern. Es sind dies: Andreas Müller, geb. am 17. 11. 74, wohnhaft Brunnenstraße und Ulrich Wilhelm, geboren am 17. 11. 76, wohnhaft Hauptstraße 48. Allen Jubilaren wünschen wir viel Glück auf dem ferneren Lebensweg.



# Wirtschafts-Nachrichten

## Keine Erhöhung der Schrottpreise Zentrale Einkaufsstelle vorgesehen

Im Bundeswirtschaftsministerium fanden Besprechungen über die Schrottpreise sowie organisatorische Maßnahmen zur Wiederherstellung eines normalen und schnellen Schrottauflaufes statt. Dabei wurde zwischen dem Ministerium, den Eisenverarbeitenden und der eisenschaffenden Industrie und der Bundesbahn völlige Übereinstimmung darüber erzielt, daß eine Erhöhung oder eine Erhöhung der augenblicklichen Schrottpreise vermieden werden muß, um eine automatische Verteuerung des Stahlpreises zu verhindern. Ferner ist die baldmögliche Bildung einer zentralen Schrotteinkaufsgesellschaft vorgeschlagen worden, welche den Schrott von einem noch festzulegenden Händlerkreis aufkaufen soll. Die Verbraucher sollen ihren Schrott dann allein von dieser Einkaufsgesellschaft beziehen.

Amtliche Prüfer haben festgestellt, daß gegenwärtig nicht weniger als 183.000 Tonnen ablieferungspflichtiger Schrott vorhanden seien, die bisher noch nicht zum Verbrauch angeboten wurden. Es sei eine falsche Spekulation, so wurde ferngegenüber erklärt, wenn Schrott in der Hoffnung auf eine Erhöhung der Preise zurückgehalten würde. Auch eine Erhöhung der Schrotthandelspreise sei mindestens solange nicht zu erwarten, solange keine Ordnung des Schrottmarktes erfolgt sei. Mit der Verwirklichung der neuen Maßnahmen soll bereits in den nächsten Tagen begonnen werden.

## Bonn bietet Schweden US-Kohle an

Zum billigen deutschen Kohle-Exportpreises Die Bundesregierung habe Schweden amerikanische Kohle zum teilweisen Ausgleich für das deutsche Kohlenexportdefizit angeboten, das sich am Ende dieses Jahres auf rund 100.000 Tonnen belaufen dürfte, verläutete aus Kreisen des Bundeswirtschaftsministeriums. Um den Schweden soweit wie möglich entgegenzukommen, habe sich die Bundesregierung bereit erklärt, Schweden 50.000 Tonnen US-Koks-Kohle zu überlassen oder sie in Deutschland zu verkaufen und dann zum Exportpreis für deutsche Kohle an Schweden abzugeben. Die Bundesregierung müßte zwar hierfür erhebliche Dollarsummen aufbringen, es bestehe jedoch keine andere Möglichkeit, das deutsche Kohlendefizit gegenüber Schweden einigermaßen auszugleichen. Die Bundesregierung würde es natürlich begrüßen, wenn Schweden anstelle der Kohle die entsprechende Menge Walzmaterial aus der Bundesrepublik beziehen würde.

Von dem am 12. November beginnenden Wirtschaftsbesprechungen mit Schweden erhoffte man sich auf deutscher Seite den Abschluß eines langfristigen Eisenerz-Lieferungsvertrages. Vor dem Krieg hätten die deutschen Kohlenlieferungen zu den schwedischen Erzlieferungen in einem Verhältnis von 1:6 gestanden; gegenwärtig sei das Verhältnis jedoch nur 1:2.

## Arbeitslosenzahl noch immer rückläufig

Gegenüber dem Stand von Ende September konnten während des Oktober wiederum 21.043 Erwerbslose an Arbeitsplätze herangeführt werden, so daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen als Ende Oktober auf 1,31 Millionen gesunken ist. Am stärksten war die Abnahme der Erwerbslosenzahl in Niedersachsen (um 2.285), Hessen (um 4.256), Rheinland-Pfalz (um 2.963) und Württemberg-Baden (um 2.268). Lediglich in den Ländern Hamburg (plus 995), Baden (plus 222) und Württemberg-Hohenzollern (plus 415) ist ein unwesentliches Ansteigen der Erwerbslosenzahlen registriert worden.

## 17,8 Milliarden DM Sozialbelastung

Die gesamte Sozialbelastung der Bundesrepublik, einschließlich der Sozialversicherungsleistungen und Sozialaufwendungen der Länder, werde für das Rechnungsjahr 1951 auf 17,8 Milliarden DM oder 17 Prozent des Sozialproduktes berechnet, heißt es in den „Finanzpolitischen Mitteilungen“ des Bundesfinanzministeriums. Das Sozialprodukt wird auf 103 Milliarden DM geschätzt. Das Verhältnis der Gesamtsozialbelastung zu den Steuern und Versicherungsbeiträgen betrage 51,8 Prozent.

## Neuer Höchststand der Kohlenförderung

Der Steinkohlenbergbau im Bundesgebiet erreichte im Oktober mit einer Förderung von 15,48 Millionen Tonnen das bisher höchste Monatsergebnis seit dem Kriegsende. Der Förderdurchschnitt stieg nach den vorläufigen Angaben der Deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL) bei 27 Arbeitstagen auf 388.190 Tonnen pro Tag und lag damit um 3,8 Prozent über dem Ergebnis des Vormonats (September; bei 23 Arbeitstagen 9,34 Millionen Tonnen). Die Schichtleistung blieb je Mann und Tag mit 1,45 Tonnen nahezu unverändert.

## Lebenshaltungskosten weiter gestiegen

Die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in der Bundesrepublik sind im Oktober gegenüber dem Vormonat um weitere 1,4 Prozent auf 168 Prozent des Standes von 1938 gestiegen, wie das Statistische Bundesamt bekanntgab. Preisanstiege sind auf allen Warensektoren mit Ausnahme der Gruppe „Bekleidung“ zu verzeichnen. Am stärksten stiegen die Preise für Ernährung einschließlich Obst

und Gemüse (+ 2,9 Prozent) sowie auf dem Verkehrssektor (+ 2,6 Prozent). Lediglich Bekleidungsgegenstände wurden im Durchschnitt um 0,4 Prozent billiger.

## Keine Aussichten für westdeutsche Gläubiger

Westdeutsche oder Westberliner Inhaber von „Uralt-Konten“ in der sowjetischen Besatzungszone haben, wie in Bonn amtlich mitgeteilt wurde, keine Aussichten, in den Besitz der im Verhältnis 10:1 umgestellten Ostmarkbeträge zu kommen. Es habe daher keinen Zweck, der Aufforderung der Deutschen Notenbank in der Ostzone zu folgen und die Sparbücher einzusenden. Sollten Konteninhaber trotzdem der Aufforderung nachkommen, so wird davor gewarnt, die Sparbücher ohne Zurückbehaltung beglaubigter Duplikate aus der Hand zu geben.

## Schacht für Lösung von der Sterlingwährung

Der frühere deutsche Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht sagte in New Delhi, es sei im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise Englands für die anderen Länder des Sterlingblocks besser, sich auf andere Währungen umzustellen. Eine neue Abwertung des Pfund Sterling würde die britischen Wirtschaftsprobleme nicht lösen. Abwertung sei eine finanzielle Manipulation, durch die eine Währung nicht gestärkt werden könne. Der ehemalige Reichsbankpräsident wies darauf hin, daß West-

deutschlands Wirtschaft und Industrie trotz der „Widerstände“ der Besatzungsmächte erhebliche Fortschritte mache. Für eine weitere kontinuierliche Entwicklung dieser Aufwärtsbewegung sei jedoch eine Vereinigung von Ost- und Westdeutschland unerlässlich. Solange dies nicht geschehen sei, böten der Marshall- und der Schumanplan gute Möglichkeiten. Schacht weist als Gast der indischen Birabank in New Delhi. Er kehrt kommende Woche nach Deutschland zurück.

## Aufschwung im Versicherungsgeschäft

Das Neugeschäft der Lebensversicherungsunternehmen im Bundesgebiet hat sich bisher in diesem Jahr zufriedenstellend entwickelt, wie die Pressestelle des Verbandes deutscher Lebensversicherungsunternehmen bekanntgab. In den ersten neun Monaten wurden etwa 2,68 Millionen neuer Versicherungsverträge über eine Gesamtversicherungssumme von 2,71 Milliarden DM abgeschlossen. Der hohe Anteil der Kleinlebensversicherung mit 2,02 Millionen Verträgen und einer Versicherungssumme von ca. 1,87 Milliarden DM läßt nach Ansicht des Verbandes erkennen, daß das Neugeschäft aus breitesten Schichten der Bevölkerung kommt. Die Auszahlungen an die Versicherten lagen im gleichen Zeitraum mit 185,5 Millionen DM erheblich über jenen des Vorjahres (153,8). In dieser Summe sind auch die Zahlungen für die privaten Versicherungsrenten enthalten, die mit Wirkung vom 1. April erhöht worden sind.

Zürcher Notendevalkurskurse 13. 11.	12. 11.
New-York (1 Dollar)	4,36 1/2 - 4,39 1/2
London (1 Pf.)	10,25 - 10,30
Paris (100 Fr.)	0,97 - 0,98 1/2
Brüssel (100 Belg. Fr.)	7,77 1/2 - 7,80
Mailand (100 Lire)	0,63 1/2 - 0,63 1/2
Deutschland (100 DM)	84,75 - 84,75
Wien (100 Sch.)	13,25 - 13,15
Holland	102,50 - 102,50
Kopenhagen	47,00 - 47,00
Oslo	46,00 - 45,50
Spermark	58,25 - 58,25
Spermark New York	- - -
Berlin, den 13. 11. 51: Wechselstufen-Umrechnungskurs 1 DM (West) = 3,70 - 3,90 DM (Ost)	

## Deutsche Wertpapierbörsen

Frankfurt:	13. 11.	12. 11.
Adlerwerke	74 1/2	75
AEG	45 1/2	44 1/2
Brown Bov.	109 1/2	109 1/2
Daimler	70 1/2	70
Deggusa	141 1/2	140
Fordwerke	114	114
Siemens St.	83 1/2	84
Siemens Vdg.	77	79
Zellstoff Waldhoff	100 1/2	100 1/2
BMW	-	-
Deutsche Bank	64	64
DL Effekt. B.	-	-
Dresdner Bank	58	58
Frankf. Hypothekbank	45 1/2	-

## Wettervorhersage

Mittwoch und Donnerstag meist wolbig bis bedeckt, vereinzelte Regenfälle. Tagestemperaturen etwas tiefer als seither. Höchsttemperaturen zum Teil unter 10 Grad, Tiefsttemperaturen noch über 0 Grad.

Barometerstand: Veränderlich.  
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr.): + 9°

Rheinwasserstand am 13. 11.: Konstanz 283 (+2)  
Rheinfelden - (-) Breisach 200 (+34)  
Straßburg 265 (+60) Maxau 403 (+47)  
Mannheim 225 (+26) Caub 140 (+10)

## ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettligen, Schöllbrunner Straße 5, Telefon 187

# VOM BOX-SPORT



## BSV Ettligen - BC 1910 Waldürn 9:7

Die Ettliger Markthalle erlebte am Samstagabend den Rückkampf des Ettliger Boxsportvereins gegen den Boxclub Waldürn. Die Staffeln aus dem badischen Hinterland konnten im Vorkampf einen eindeutigen Sieg erringen und kam auch in stärkster Besetzung nach Ettligen. Unsere Ettliger Boxstaffel ihrerseits hatte sich trotz des Fehlens ihres Schwergewichtlers Luddi Pfadt viel vorgenommen und man darf die knappe Niederlage ohne weiteres als einen Erfolg der Ettliger buchen, zumal die reinere Kampfweise auf ihrer Seite war. Die zahlreichen Boxsportfreunde erlebten spannende Kämpfe und bei etwas mehr Ringerfahrung in den schweren Gewichtsklassen wäre ein knapper Erfolg der Ettliger sicher gewesen.

Im Jugendeinlagekampf holte der Jugendliche Wälde (E) gegen Hoffmann (W) einen klaren Punktsieg. Im ersten Hauptkampf (Fliegengewicht) sicherten sich die Gäste mit dem weit schwereren Schmidt gegen Hans (E) die ersten Punkte. Im Balmgewicht lieferte Blum (E) einen technisch sehr flotten Kampf gegen Lommel (W). Blum zeigte nicht nur eine körperliche, sondern auch eine technische Überlegenheit, so daß Ringrichter Kopp den Kampf zugunsten von Blum abbrechen mußte. Der Leichtgewichtlerkampf zwischen Wohlshlegel (E) und Wörner (W) brachte eine Punkteteilung, während der technisch sehr gut beschlagene Wälde (E) den Walldürner Schöll klar distanzierte und für Ettligen zwei wertvolle Punkte holte. Einen spannenden Kampf erlebten die Zuschauer im Halbmittelgewicht, wobei der wohl ringreifste Ettliger, Schrempf, ein ehrenvolles Unentschieden gegen Aldenhoven (W) errang. Der Gast, ein Boxer mit internationaler Ringerfahrung, war ob seiner Größe für Schrempf ein schwerer Gegner, dem sehr schlecht beizukommen war und auch das Kämpferherz Schrempf reichte nicht aus, entscheidende Treffer anzubringen. Im Mittelgewicht fertigte Kronenwett (E) seinen Gegner technisch klar ab; das Unentschieden war ein unverständliches Ur-

teil. Der Halbschwergewichtskampf fiel durch Aufgabe von Emmerich (E) infolge Handverletzung an den Walldürner Alex. Koch (E) konnte im weiteren Kampf der Halbschwergewichtler gegen Bleich (W) nicht überzeugen und gab so den Gästen die Punkte, die zu einem knappen Sieg für die Walldürner Staffeln reichten.

Der Ettliger BSV hat auch in diesem Kampf bewiesen, daß er gerade gegen starke Staffeln seine besten Kämpfe liefert. Hier zeigt sich, daß die Verpflichtung nur guter Gegner, wie dies der BSV zu tun pflegt, der Staffeln zum Vorteil gereicht, denn diese Kämpfe schaffen die erforderliche Ringerfahrung für die einzelnen Boxklassen und lassen den Schluß zu, daß die Mannschaft bei intensiver Trainingsarbeit den Ettliger Boxsportfreunden noch spannende und interessante Kampfabende liefern wird.

## Skandal in Hannover

### Strom/Arnold vom Rennen ausgeschlossen

Der Sportausschuß des Sechstagerrennens in Hannover hat das australische Paar Strom/Arnold disqualifiziert und bestimmt, daß den Mannschaften Kübler/Saager und Roth/Intra bis zum Ende des Rennens die Tagesspänge um 25 Prozent gekürzt wird. Zu vorstehenden Maßnahmen sah sich der Rennausschuß gezwungen, nachdem sich in der vierten Nacht folgendes ereignet hatte: Die favorisierten Mannschaften Strom/Arnold, Kübler/Saager und Roth/Intra, die an der Spitze des Feldes gelegen hatten, schienen das Jagen überdrüssig geworden zu sein. Sie spielten nicht mehr mit Spiritus rector des Boykotts war das australische Paar. Während die übrigen 18 Mannschaften nicht daran dachten, sich auszuruhen, setzten sich die drei Favoritenpaare nach rechts ab, führen Außenbahn und ließen die anderen das Rennen unter sich ausmachen. Bei Eintritt der Neutralisation um 6.00 Uhr lagen die drei „Außenreiter“ etwa 28 Runden hinter der Spitzegruppe. Der Sportausschuß beschloß dann, Strom/Arnold von der weiteren Teilnahme am Rennen auszuschließen und Kübler/Saager und Roth/Intra mit 8 Runden Rückstand an den Schluß des Feldes zu setzen.

**Pilo**  
poliert jeden Schuh

## VERSCHIEDENES

Wer borgt armen Fl. 300 DM für Weihnachtsgeschäft.  
H. Wagner - Querstraße 7

AEG-Schreibmaschine zu verkaufen.  
Zu erf. unter 3963 in der EZ

Anzeigen haben großen Erfolg in der Ettlinger Zeitg.

## STELLENANGEBOTE

Gute Schneiderin ins Haus gesucht.  
Zu erf. unter 3950 in der EZ

## Mädchen

zum Bedienen und ein jung. Mädchen für Küche u. Haushalt gesucht.  
Gasthaus „Drei Mohren“

## Zimmermädchen

oder Frau gesucht, die zu Hause schlafen kann.

HOTEL SEEHOF

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme sowie für Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang unseres lieben Vaters, Großvaters, Urgroßvaters, Schwagers und Onkels

**Johannes Wolf**  
Reichsbahn-Assistent

sagen wir herzlichen Dank; besonderen Dank der Bundesbahn.

Die trauernden Hinterbliebenen  
**Geschwister Wolf und Anverwandte**

Oberweiler, den 14. November 1951

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme und die schönen Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang meines lieben Mannes

**Herbert Groh**

sage ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Frau Gerda Groh

Ettligen, im November 1951

**Wir empfehlen:**

Mietverträge	St. DM - 25
Hausordnung	St. DM - 15
Mietzinsbuch	St. DM - 40
Unfallmeldeformulare	St. DM - 10
Lohnkonto- und Steuernachweiskarten	St. DM - 15
Quittungsbuch	St. DM - 50 und 1,-
Meldeformulare für die polizeiliche Meldebehörde (für Gaststätten)	Block DM 1,50
Polizeiliche Ad- und Abmeldeformulare	St. DM - 05
Bahn- und Postformulare	

**Buchdruckerei A. Graf, Ettligen**

Ihre Vermählung zeigen an

**Erich Stiegeler**  
**Hiltrud Stiegeler**  
geb. Wenz

15. November 1951

Ettligen  
Schillerstraße 7

Eßlingen  
Fischingerstr. 35

**STRAUB-Kaltwelle 4 25**

... zu Hause mit Haarwäsche kämpt.

Die neuesten Verordnungen der deutschen Universitäten haben die Unschicklichkeit bewiesen! - Halbhaare ca. 1/2 Jahr. Preiswert! - Seidenglanz und Lockenwuchs gratis!

**Badenia-Drogerie Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.**

**Freiw. Feuerwehr der Stadt Ettligen**

**Einladung**

Mit dem Wunsche einer vollzähligen Teilnahme werden alle aktiven Wehrangehörigen wie auch die gesch. Kameraden der Altersmannschaft mit Familienangehörigen zu dem am **Samstag, den 17. November 1951 ab 19.30 Uhr** in der Stadthalle stattfindenden

**Wehrkameradschaftsabend**

aufs herzl. eingeladen. - Für ein abwechslungsreiches Programm ist Sorge getragen. - Die aktiven Wehrmänner wollen am Donnerstag, den 15. 11. ab 19.00 Uhr im Dienstzimmer im Gerätehaus die Karten zur Einführung der Familien- etc. Angehörigen abholen. Ohne Karten ist die Teilnahme gefährdet.

Der Kommandant Adjutant

**ZU VERKAUFEN**

Zweistöckiges Wohnhaus mit Seitenbau zu verkaufen. Preis 18.000,- DM.  
Zu erf. unter 3951 in der EZ

**Markenklavier**

gut erhalten, schwarz, kreuzsaitig, günstig zu verkaufen.  
Zu erf. unter 3956 in der EZ

Weißer Komb.-Herd, Kinderfahrrad zu verkaufen.  
Zu erf. unter 3953 in der EZ

Nutz- und Fahrkuh mit Kalb zu verkaufen.  
Pfaffenrot - Haus Nr. 47

Weißer amer. Leghorn (6 Mon. alt) u. 1950er zu verkaufen.  
Waldkolonie, Waldstraße 18

Für **Haus-Schlachtungen**

Spezialität gar. r. Gewürze

Pfeffer weiß gr. u. gem.  
Pfeffer schwarz ganz u. gemahlen  
Muskatnuz gr. u. gem.  
Muskatblüte gemahlen  
Ungar. Rosenpaprika edelsüß  
Koriander ganz u. gem.  
Thür. Majoran geriebelt  
Thymian geriebelt  
Piment gemahlen  
Nelken gemahlen  
Lorbeerblätter  
sowie Pökelsalz, Brühpfech, Salpeter, Wurstdiadfaden

**Drogerie Rud. Chemnitz**  
Ettligen, Leopoldstraße 7  
Telefon 290

### Umfchau in Karlsruhe

#### 500 000 DM für die Bundesbahn

**Möller für Verwirklichung von Gesetz Nr. 47**  
 Karlsruhe (Iwb). Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag, Möller, sagte in Karlsruhe, er sei davon überzeugt, daß sich der Bund für die Wiederherstellung der alten Eisenbahndirektionsbezirke im südwestdeutschen Raum aussprechen wird.  
 Möller gab bekannt, daß das Landesarbeitsamt von Württemberg-Baden der Deutschen Bundesbahn erneut 500 000 DM für vordringliche Arbeiten zur Verfügung gestellt habe. Von diesem Betrag sollen 170 000 DM für den Ausbau des Eisenbahn-Ausbesserungswerks Karlsruhe, 100 000 DM für Arbeiten am Bahnbetriebswerk des Mannheimer Rangierbahnhofs und 230 000 DM für die Wiederherstellungsarbeiten an den Bahnsteighallen im Mannheimer Hauptbahnhof verwendet werden. Für den Karlsruher Hauptbahnhof sind ebenfalls Beträge vorgesehen. Die Gesamtkosten für den geplanten Ausbau der Strecke Stuttgart—Mannheim für elektrischen Betrieb bezifferte Möller auf insgesamt 98 Millionen DM.

Alex Möller setzte sich weiter dafür ein, daß so bald wie möglich auch in der US-Zone Durchführungsbestimmungen zu dem allerersten Gesetz Nummer 47 in Kraft treten. Durch dieses Gesetz wird die Entschädigung von Besatzungsschäden neu geregelt.

#### Bisher keine Anklage gegen Dr. Kersten

Karlsruhe (Iwb). In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Landtags wurde mitgeteilt, daß gegen den suspendierten Leiter des Oberversicherungsamtes Karlsruhe, Dr. O. Kersten, bisher keine Anklage erhoben worden sei. Zur Zeit werde noch geprüft, ob das Belastungsmaterial außer dem Dienstverfahren auch ein gerichtliches Strafverfahren erforderlich mache. Der Ausschuß wünschte, daß die Vorgänge im Oberversicherungsamt Karlsruhe vollständig geklärt werden. Kersten hatte die für das Oberversicherungsamt vorgesehenen Haushaltsmittel im vergangenen Jahr erheblich überschritten.

Karlsruhe. Ein Reklameluftballon, der Anfang dieses Monats von einer Karlsruher Firma gestartet worden war, ist in einer deutschen Gemeinde in Rumänien niedergegangen. (Iwb)



**Das ist Theo Wied beim Grätschenabgang**  
 Beim Turnländerkampf Deutschland—Schweiz, den die Deutschen mit 250,53-348,93 Punkten für sich entscheiden konnten, platzierte sich der Stuttgarter Theo Wied, hinter Helmut Bantast Deutschland und Weltmeister Stalder-Schweiz als Dritter.



**Eine acht Meter hohe Gedenkkerze**

wurde im Hof des Neuen Schlosses in Stuttgart geweiht. Die Kerze ist den Gefallenen, Vermissten, Internierten und Gefangenen gewidmet und wird bis zum 31. Dezember jeden Abend brennen.

### Aus der badischen Heimat

#### Dr. Unser sprach in Mannheim

Mannheim (Iwb). Der nordbadische Landesbezirkspräsident Dr. Unser erklärte anlässlich einer Besprechung, die von Vertretern des Aktionsausschusses für die Vereinigung der Länder Baden und Württemberg in Mannheim geführt wurde, daß sämtliche einmaligen Ausgaben im nordbadischen Haushalt sofort in Wegfall kommen, wenn die Alltagsbedürfnisse der Bevölkerung sichergestellt werden. Der Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. H. Heimerich, sagte ergänzend hierzu, daß dann die Hafenbauten, sowie der eventuelle Bau eines neuen Theaters und anderer öffentlicher Gebäude in Mannheim nicht verwirklicht werden könnten. Dr. Heimerich betonte, daß die Entscheidung bei der Abstimmung im wesentlichen von dem Wahlergebnis in Mannheim abhängen werde. Die Stadt Mannheim habe nur in einem Südweststaat Entwicklungsmöglichkeiten. Bürgermeister Trumpfheiler gab bekannt, daß die Gewerkschaften mit 800 000 Flugblättern für den Südweststaat werben wollten.

#### „Der schwerste Schlag für Mannheim“

Mannheims Oberbürgermeister Dr. Heimerich sagte vor dem Verwaltungsausschuß des Stadtrats, sollte die Abstimmung am 9. Dezember wider alle Vernunft und gegen alle Erwartungen nicht zugunsten eines Südweststaates ausgehen, dann würde Mannheim den schwersten Schlag erleiden seit der Zeit, als der Kurfürst Mannheim verlassen habe und Mannheim zur Markgrafschaft Baden geschlagen worden sei. Damals sei Mannheim zu einer fast belanglosen Provinzstadt geworden. Erst die wirtschaftliche Entwicklung habe die Stadt wieder zur Blüte gebracht. Mannheim könne heute nur in einem großen und leistungsstarken deutschen Land gedeihen.

#### US-Panzer explodiert

##### Ruhr-Ferngas-Leitung brannte bei Mannheim

Mannheim (Iwb). Die aus dem Ruhrgebiet über Hessen nach Mannheim führende Ruhr-Ferngas-Leitung ist am Dienstagmittag von einem US-Panzerwagen bei Mannheim-Sandhofen angefahren und stark beschädigt worden. Das ausströmende Gas geriet sofort in Brand, wobei der Panzer, der scharfe Munition geladen hatte, explodierte. Die Besatzung wurde nach Angaben der Polizei

nur leicht verletzt. Das Gas wurde inzwischen von Darmstadt aus abgestellt. Nähere Einzelheiten wurden bisher noch nicht bekannt.

**Mannheim** Der Bürgermeister von Rotterdam, Dr. P. J. Oud, der zusammen mit einer holländischen Delegation in Mannheim weilte, hat in einem Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Heimerich seinen Dank ausgesprochen. (Iwb)

#### Falscher „Kriminalbeamter“ verurteilt

Mannheim (Iwb). Das Schöffengericht verurteilte einen Kaufmann aus dem Rheinland, der sich in anrüchigen Mannheimer Lokalen als Beamter der Kriminalpolizei ausgegeben hatte. Die Anklage lautete auf Amtsanmaßung und Nötigung. Der Verurteilte pflegte öfters „Ausweiskontrollen“ bei „leichten Mädchen“ vorzunehmen. Bei diesen Gelegenheiten ließ er durchblicken, daß den Mädchen, die er „besuchte“ bei einer Razzia nichts passieren könne. Um seine Tätigkeit als Kriminalbeamter glaubhaft zu machen, legte er seinen glänzenden Zuhörern Aktenberge vor.

#### Verteidigungsbeitrag als Notwehr

Heidelberg (Iwb). Der deutsche Verteidigungsbeitrag sei aus dem Begriff der Notwehr zu verstehen und deshalb zu bejahen, erklärte der Bundestagsabgeordnete Dr. Mende (FDP) auf einem Jugendforum des Rings politischer Jugend in Heidelberg. Die weitaus größte Mehrheit des sehr gut besuchten Forums schloß sich dieser Auffassung Dr. Mendes an.

#### Ein Hodsceschiff „Heidelberg“

Heidelberg (Iwb). In Bremen läuft der im Eigentum der Reederei „Nordsee“ und der Schiffswerft „Vulkan“ befindliche neubaute Hochseetrawler „Heidelberg“ vom Stapel. Die Taufe des Schiffes wird der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Swart vornehmen.

#### Hilfe für Wertheimer Glashütte

**Minister Storch fördert Industrialisierung**  
 Wertheim (Iwb). Bundesarbeitsminister Storch besuchte die Glashütte in Wertheim sowie die neu entstehende Bundesiedlung. Landrat Schwan und der Syndikus der Wertheimer Glashütte nahmen die Gelegenheit wahr, dem Minister die Sorgen des Kreises und der bisher aus 30 Betrieben mit 900 Arbeitern bestehenden Glashütte zu unterbreiten. Wesentliche Punkte in ihren Darlegungen waren die Industrialisierung des Kreises Tauberbischofsheim, die Gasversorgung der Glashütte in Wertheim und staatliche Hilfen für „einige aus dem Boden gestampfte Betriebe der Glashütte“. Der Bundesminister versprach, zu helfen, soweit es in seinen Kräften stehe, und kündigte für die nächste Zeit den Besuch seines persönlichen Referenten zu besonderen Untersuchungen an.

#### Liebespaar warf sich vor den Zug

**Tauberbischofsheim (Iwb).** Eine Liebestragödie, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen, spielte sich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Zimmern und Unterwittighausen ab. Wie die Polizei mitteilte, warfen sich ein 31jähriger lediger Kellner aus Gerlachshausen und eine 27 Jahre alte verheiratete Frau aus Grünfeld in selbstmörderischer Absicht vor einen aus Lauda kommenden Güterzug. Die beiden wurden überfahren und auf der Stelle getötet. Als Motiv der Tat wird Liebeskummer angenommen.

**Offenburg.** Auf einem Gartengrundstück ist ein herrenloses Motorrad aufgefunden worden. Die Ermittlungen ergaben, daß das Motorrad in München gestohlen und dann in dem in der Nähe des Fremdenlegationslagers gelegenen Grundstück zurückgelassen worden war. (Ibs)

#### Baden sucht Flugplatzgelände

**Wetterdienst rät von der Rheinebene ab**  
 Freiburg (Ibs). Die badische Landesregierung hat dem Büro Blanck in Bonn ein

Gutachten des badischen Landeswetterdienstes zu dem geplanten Bau alliierter Flugplätze bei Baden-Oos und Lahr zugeleitet. Der Landeswetterdienst weist darin auf die schlechten flugklimatischen Verhältnisse in der rechtsrheinischen Tiefebene hin, derentwegen schon die deutsche Luftwaffe während des Krieges von der Anlage von Flugplätzen in der Rheinebene südlich von Hasstatt abgesehen hatte. Dazu gehörten die schlechten Windverhältnisse, die Nebelhäufigkeit, die Tiefbewölkung, die große Niederschlagsmenge, die Bodenfeuchtigkeit und das teilweise moorartige Gelände. Es erscheine deshalb vom meteorologischen Standpunkt aus zweckmäßiger, die geplanten Flugplätze nicht in der Rheinebene, sondern im Gebiet des Hochschwarzwaldes und der Baar anzulegen, wo beispielsweise im Jahresdurchschnitt nur 40 Nebeltage gegenüber 70 bis 90 in der Ebene gezählt würden.

#### Die „Fälle“ Dobberkau und Faulhaber

##### Politische Prozesse in Freiburg

Freiburg (Ibs). Zwei Prozesse mit stark politischem Charakter wurden jetzt in Freiburg verhandelt. Das Arbeitsgericht lehnte zunächst den Einspruch des von der Gewerkschaften fristlos entlassenen Bezirksleiters der Industriegewerkschaft Chemie, Papier und Keramik, Faulhaber, gegen eine einstweilige Verfügung ab, mit der ihm verboten worden war, weiter für seine Gewerkschaft tätig zu sein. Die Entscheidung erging als Versäumnisurteil, weil Faulhaber wegen einer Versammlung in Lörrach nicht erschienen war. — In einem Prozeß vor dem Verwaltungsgericht wandte sich der durch seine Prozesse wegen der gegen ihn ausgesprochenen Kündigung bekannte frühere Abteilungsleiter im badischen Ministerium der Finanzen, Harry Dobberkau, gegen einen Beschluß der badischen Landesregierung, seine fristgemäße Kündigung zu genehmigen. Das Landesarbeitsamt hatte die zur Kündigung von Opfern des Faschismus erforderliche Zustimmung nicht erteilt. Das Verwaltungsgericht wies jedoch die Klage als unbegründet ab, weil die angeforderte Verfügung weder auf einer Gesetzesverletzung beruhe, noch einen Ermessensmißbrauch erkennen lasse. In beiden Fällen sind die Kläger in den Prozessen Mitglieder der Kommunistischen Partei.



**Das Wunderinstrument „Pianetta“**

ist ein neuartiges elektro-akustisches Gerät, das in Verbindung mit einem Klavier in der Lage sein soll, fast alle bekannten Instrumente nachzuahmen. Das Instrument hat einen Tastenbereich von drei und einen Tonbereich von sechs Oktaven und überträgt die Melodien über einen Lautsprecher.

## ALLE WEGE führen zu Dir

LIEBESROMAN AUS CHINA VON ANITA HUNTER

Copyright by Hamann-Meyerpress (18. Fortsetzung)

Und auf einmal verstand Jennifer auch, daß Oliver Persham dieses Land und seine Menschen lieben mußte. Dieses unendliche Reich mit seinen unendlichen Möglichkeiten.

Da lag der Lotus-Tempel, schimmernd in rosenfarbener Pracht einer unbekannten Steinart. Ueber das siebenfach geteilte Dach stürzten in Kaskaden rote und gelbe Blüten herab. Eine breite Treppe mit Hunderten von Stufen führte zum Eingang empor.

Mühsam erzwang Jennifer sich den Durchgang durch das dicke Blätterwerk der Hecke. Die Zweige hatten ihr das Kopfputch abgestreift, ihr rotes Haar flammte im Schein der Sonne. In ihrem schlichten weißen Leinenkleid sah ihre zierliche Gestalt beinahe wie die eines Kindes aus.

Sie sah sich um. Nirgends war ein Mensch zu erblicken. Die Luft schwirrt und klang vom Läuten der silbernen Glocken.

Sie stieg die Stufen zum Tempel empor. Wie ihr Herz schlug... Sie hatte Angst, und doch trieb es sie vorwärts.

Der Kontrast zwischen der blendenden Sonneneinstrahlung draußen und dem grünlichen Dämmern im Innern des Tempels war so stark, daß sie beinahe nichts sehen konnte. Ein leichter Schwindel erfaßte sie. Kam das von den vielen hundert Rauchkerzen, die hier im Innern angezündet waren und deren blaue Duftwölken zur Kuppel emporstiegen?

Sie wagte kaum zu atmen. Sie sah sich nach einem Götzenbild um, nach einem Buddha. Aber nichts dergleichen war vorhanden. Der riesige Innenraum schien leer zu sein, nur ein paar breite Stufen wiesen den Weg weiter hinauf.

Jennifer stieg die Stufen hinauf. Es waren sieben Stufen. Als sie die letzte erreicht hatte, konnte sie einen Ausruf nicht unterdrücken. Ihre Augen bingen wie gebannt an dem Bild, das sich ihr bot. Vor ihren Füßen breitete sich ein See aus Tiefgrün war das Wasser, wie die Farbe des Smaragdes. Und auf dem Wasser schwammen große, grüne Blätter. Sie schienen so kräftig zu sein, daß sie einen Menschen tragen konnten. Riesige Blüten in allen Pastellfarben bewegten sich gleich lebenden Wesen in dem langsam dahinfließenden Wasser.

Ein betäubender, unendlich wohlthuender Duft umschwebte sie. Das Ganze war so unwahrscheinlich, so märchenhaft, daß Jennifer sich wie in einem seltsamen Traum bewegte.

Auf einem flachen, über und über mit bunten Steinen bestickten Kissen saß eine regungslose Gestalt. In starren Falten umhüllte ein seidenes Gewand wie ein Mantel den Körper. Den Kopf schmückte ein eigenartiger Aufbau aus Federn, Steinen und buntem Seidengewebe.

Eine Statue? Oder — ein lebendes Wesen? Noch nie hatte Jennifer ein Gesicht mit so vielen Falten gesehen. So mußte die Urmutter der Menschheit aussehen, mit starren Zügen, die von der Meisterhand eines großen Künstlers geschnitten zu sein schienen.

Pötzlich bewegte sich die Gestalt. Leben kam in die starren, dunklen Augen.

Wie ein Schlag fuhr es durch Jennifer, als sie eine Stimme hörte: „Komm näher, komm hierher!“ Jennifer zögerte, aber eine upbekannte Macht trieb sie vorwärts. Das war die Große Mutter, das mußte sie sein.

Eine ungeheure Kraft ging von dieser stillen Gestalt aus, eine Kraft, der sich auch Jennifer nicht entziehen konnte.

Langsam, Schritt für Schritt, trat Jennifer auf sie zu. Sie hatte das Gefühl, als hätte man sie hypotisiert! Wenn die Stimme plötzlich gesagt hätte „Spring ins Wasser!“ hätte Jennifer ihr sicher gehorcht.

Aber nichts geschah. Jennifer blieb stehen und sah die regungslose Gestalt an. „Komm noch näher!“

Jennifer gehorchte. Jetzt stand sie ganz dicht vor der seltsamen Frauengestalt.

Eine dünne, rnzaliger Finger berührte sie, tastete über ihre Wange und strich über das Haar. Dann hörte Jennifer ein kurzes, trockenes Lachen. Dieser Laut war ganz menschlich und brach den Zauber, der Jennifer eingefangen hatte.

Also doch ein Mensch, keine Spukgestalt... Jennifer warf den Kopf zurück. Sie hatte keine Furcht mehr. Vor ihr saß eine alte Frau, zart und gebrechlich. Eine Frau, die sicher hundert Jahre alt sein mußte.

„Was willst du?“ fragte die Stimme jetzt. Jennifer lächelte. Die Frage kam ihr seltsam vor. Sie war nicht hierher gekommen, um bei einer Regentin Audienz zu suchen.

„Warum hält man mich hier gefangen?“ fragte sie, „warum hat man mich und das Kind hierher verschleppt?“

Ihre Stimme klang scharf. Sie hatte die romantische Stimmung abgeschüttelt, die diese fremdartige Umgebung ihr eingegeben hatte. Sie sah nur die alte Frau vor sich, auf deren Befehl man sie hierher gebracht hatte. Sie fühlte, wie die Wut langsam in ihr hochstieg.

Jennifer stand hochauferichtet, ihr rotes Haar flammte in einem Sonnenstreif, der durch einen schmalen Spalt in der Wand fiel. Die alte Chinesin sah sie unverwandt an. Ihre dunklen Augen tasteten Jennifers Ge-

sicht ab, glitten über die schlanke Figur und weilten lange auf den rotgoldenen Haaren. Sie schien die Frage nicht gehört zu haben. Jennifer beugte sich vor.

„Du hast keine Angst“, sagte die alte Frau plötzlich. „Du fürchtest dich nicht vor der Großen Mutter?“

„Warum sollte ich Angst haben?“ fragte Jennifer.

„Alle haben Furcht vor der Großen Mutter“, sagte die Stimme der alten Frau. Jennifer lächelte.

„Ich fürchte mich nie“, sagte sie. „Nie?“ fragte die Große Mutter. Es lag etwas Dämonisches in ihrem Blick. Es war so, als wollte sie Jennifer zu irgendetwas zwingen.

„Nein“, sagte Jennifer fest.

„Das ist gut“, sagte die Alte. „Ich kenne nur Frauen, die sich fürchten. Du gefällst mir!“

„Warum hält man mich hier fest?“ „Du hast kein Recht zu fragen“, sagte die Alte.

Jennifer rührte sich nicht. Das wichtigste war, daß diese alte Frau, die über diese seltsame Stadt hier regierte, merkte, daß sie keine Chinesin vor sich hatte. Nicht Jennifer sollte Furcht haben — sie, die Alte sollte sich fürchten. Jennifer wollte sie in Schach halten, ihr drohen. Vielleicht war das der beste Weg, freizukommen.

„Ich würde raten, mich so schnell wie möglich dorthin wieder zurückzubringen, wo man mich und Prinz Yen Sei herholte. Ich bin Engländerin, man kann mich nicht so ohne weiteres verschleppen. Meine Landsleute werden herkommen, um mich zu befreien, und ihre Strafe wird sich fürchterlich auswirken.“

Die alte Frau lachte. Es war ein trockenes, tonloses Lachen.

(Fortsetzung folgt)

# Auch in Ostdeutschland wuchsen Reben

## In Grünberg wurde die Weinlese feierlich eingeleitet

Bis vor 100 Jahren gab es von Ostpreußen bis zur Elbe überall Weinbau. An Memel, Weichsel, Oder und Elbe wurde Wein gebaut. Spree- und Havelgau sind alte Weinbaugebiete, und in Berlin erinnern noch manche Straßennamen, z. B. Weinbergsweg und Weinmeisterstraße, an die Weinberge, die es hier einst gab. Bis zum Ausgang des zweiten Weltkrieges wurde Wein nur noch im ehemaligen Posener Kreise Bismarck, soweit er nach dem Versailler Friedensvertrag deutsch blieb, angebaut, ferner an den Krossener Odenbergen und in der Umgebung von Grünberg in Schlesien, wo der Weinbau eine bedeutende Rolle spielte. Der Grünberger wurde größtenteils zu Sekt verarbeitet, kam aber auch als Flaschenwein auf den Tisch, ferner lieferte Grünberg Tafeltrauben nach ganz Ostdeutschland. In jedem Herbst wurde in Grünberg die Weinlese feierlich eingeleitet und mit einem Fest beschlossen, an dem die ganze Bevölkerung teilnahm.

Grünbergs schlesischer Weinbau verdankt seine Entstehung fränkischen Einwanderern. Die Gründer der Stadt hatten die Kenntnis des Weinstockes mitgebracht. Die intensive Beschäftigung der Bewohner mit diesem Erwerbszweig gab der Stadt die Möglichkeit, auch in den schweren Zeiten, die der Dreißigjährige Krieg mit sich brachte, auszuhalten.

Die wirklichen Grünberger Weinmarken sind wohl wenig bekannt. Im Volksmunde haben sich andere scherzhafte Bezeichnungen erhalten, und es gibt eine Fülle von Anekdoten über den ostdeutschen Wein. Johannes Trojan, der in seinem Gedichte über die 33er Weine den ostdeutschen Wein besonders schlecht macht und mit Schwefelsäure vergleicht, wurde bald aus einem Saulus zum Paulus, als die Bomster ihm einige Flaschen

„Bomster Schloßberg“ übersandt hatten. Im Volksmunde kennt man den „Strumpf-Wein“, mit dem die Junggesellen ihre Strümpfe stopfen, denn er zieht die Löcher sofort zusammen, den „Dreimänner-Wein“, weil drei Männer den Trinker festhalten müssen, damit er nicht umsinkt, den „Bomster Ausbruch“, so genannt weil der Trinker durch Mauern geht, wenn er ihn genossen hat, so wild macht dieser Wein. Eine Unruhstäter Weinsorte wurde „Lacrimae Petri“, „Petrus-tränen“, genannt, denn ... er ging hin und weinte bitterlich. „Galgen-Wein“ nannte man eine schlesische Weinsorte, die Grünberger Schattenseite, denn mit diesem Wein wurden, wie die Fama behauptet, im Mittelalter die Hinrichtungen vollzogen. Man goß angeblich den Delinquenten ein Quantum dieses Weins in die Kehle, der Wein zog die Kehle zusammen, und die Todeskandidaten ersticken.

Der schlesische Wein soll sogar eine Schlacht gewonnen haben. Friedrich der Große soll seinen Soldaten vor der Schlacht von Hohenfriedberg Grünberger Wein zu trinken gegeben haben, worauf sie so wild wurden, daß die Gegner vor ihrem Elan ausrißen. Den „Buße-Wein“ tranken die schlesischen Mönche als Kastelung, wenn sie Buße tun mußten. Es soll sich indessen auch manche Flasche edlen Weines zwischen den Buße-Wein verirrt haben. Von Rebläusen soll der ostdeutsche Wein niemals beimgesucht worden sein. Als einmal große Aufregung in Schlesien herrschte, weil Millionen von Rebläusen mit neuen Weinstauden vom Rhein zur Oder gekommen waren, behielten allein die Winzer ihre Ruhe. „Die Winzer siegten ohne Kampf, denn andern Tags am Magenkrampf das Reblausvölk verblüht.“

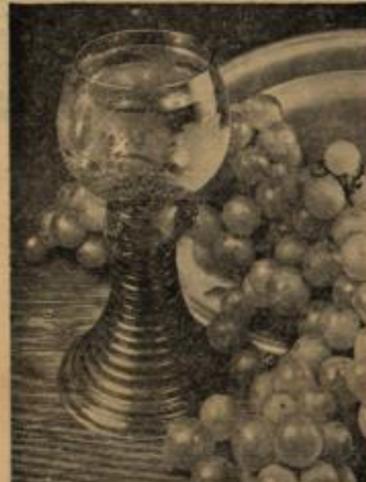
Die Posener sandten einmal eine Huldigungsabordnung zu Bismarck nach Varnitz, die von allen Landesprodukten eine Probe mitbrachte: Hopfen, Bier, Gerste, Zucker, Roggenbrot und Wein. Bismarck versproch den Wein zu trinken, hielt aber — wohl das einzige Mal in seinem Leben — das Versprechen nicht, denn man fand nach seinem Tode die Flaschen unverehrt im Weinkeller auf.

Als Friedrich Wilhelm IV. im Sommer 1844 nach Erdmannsdorf in Schlesien fuhr, wurde ihm in Grünberg Oderwein vorgesetzt. Er lobte den Wein sehr. Da sagte ein alter Ratsherr: „Ja, Majestät, und das ist noch lange nicht unser bester.“ Eine andere hübsche Geschichte trug sich in Schlesien zu. Es wurde abends gemütlich, man trank viel Wein, den man für Mosel hielt. Der Wirt tat, als habe er eine besondere Überraschung vor, und ließ von den Flaschen vorher die Etiketten entfernen. Ein Landrat aus dem Rheinland war besonders von dem Wein begeistert, pries Rhein und Mosel und war fest überzeugt, daß er Mosel trinke. Schließlich brachte der Wirt die Etiketten der Flaschen, und siehe, es war 1926er Grünberger, den man getrunken hatte. Der Landrat aus dem Rheinland schüttelte erst ungläubig den Kopf, nahm dann noch einen Schluck und sprach die wahrhaft klassischen Worte: „Wahrhaftig, er kratzt.“ Das Vorurteil spielt also bei der Beurteilung der ostdeutschen Weine eine große Rolle.

Zum Schluß eine hübsche Geschichte von Ferdinand Meysel, dem Herrn der Reichs-

hallen am Dönhofsplatz. Die „Stettiner Sängler“ brachten einmal eine Programm-Nummer „Eine Nacht im Ratsweinkeller“, in der der Grünberger Wein sehr schlecht gemacht wurde. Das Hauptkouplet schloß mit den Worten: „Um stets zu trinken solchen Wein, müßt' ich gebor'ner Schlesier sein.“ Die Grünberger ließen sich das nicht gefallen; ein hoher Magistrat schickte Meysel die Kriegserklärung und verurteilte ihn, als er bereit war, Buße zu tun, eine Batterie Grünberger auszutrinken. Als Meysel nach einigen Tagen wieder ganz berausamt war, änderte er den Vers wie folgt ab: „Um stets zu trinken solchen Wein, müßt' ich gebor'ner Schlesier sein.“ Brausender Beifall dankte ihm, Grünberg war versöhnt.

Die Hauptursache, warum der Grünberger Wein in einen zweifelhaften Ruf geriet, lag darin, daß auf der 600 Morgen großen Anbaufläche in wahllosem Durcheinander blaue und grüne Weine gebaut wurden, deren Reife zu verschiedenen Zeiten erfolgte. Diesem Durcheinander verdanken auch die sogenannten „Schillerweine“ ihren Namen; es waren Grünberger Erzeugnisse, die trüb und ausdruckslos aussahen. In den 30er Jahren suchte man diesem Mißstand durch Anzucht der edlen Sylvaner- und Traminer-Rebe und durch Kreuzung mit rheinischen Reben zu begegnen.



GRÜNBERGER WEIN ... Ein Bild der Erinnerung an die Heimat. (Aufnahme: Carl Näher)



ZEUGE RUHMVOLLER VERGANGENHEIT Den Nordturm der Marienburg nahm die Marienkirche ein. An der Außenwand ihres Chores befand sich eine acht Meter hohe Figur ihrer Schutzpatronin Maria. (Aus: „Nie vergessene Heimat“, Verlag Thordens, Hamburg)

# Die Ordensburgen in Preußen

## Viele von ihnen wurden 1945 rauchgeschwärzte Ruinen

Nur in einem Teil unseres Vaterlandes waren die Burgen nicht Sitze sich befühender Familien sondern Staatsfestungen, erbaut, verwaltet und verteidigt von einer planenden Führung, geschaffen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit im Lande; in Preußen, dem Gebiet des ehemaligen Ordensstaates.

Vielfach an der Stelle altpreussischer Wehranlagen zunächst behelfsmäßig aus Holz und Erde aufgeführt, wurden sie mit der Einwanderung deutscher Stadtbürger im Ziegelbau errichtet. Mögen auch die hohentausischen Kastele in Italien in mancher Beziehung Vorbild für ihre Anlage gewesen sein, so weist doch der Stil der Backsteingotik, der Zusammenklang sattröter Ziegel, weißer Blenden und kupfergrüner oder buntfarbiger Dächer sie dem Ostseebereich zu, in dem die hanseatischen Kaufleute von Lübeck bis Riga ihre Kirchen und Rathäuser erbauten. Aus der Gleichmäßigkeit der Anlage, die doch nie zum Schema wird, sondern nach der Örtlichkeit und Bedeutung der Burg abgewandelt ist, spricht den Betrachter die korporative Geschlossenheit des Ordens an, der nicht ein Zweckverband war, sondern eine Gemeinschaft von Menschen, die in derselben Tradition lebten und sich mit ihrem ganzen Wesen denselben Idealen verpflichtet fühlten und doch nicht ihre Persönlichkeit an eine anonyme Masse verloren.

In einer einzigartigen Vereinigung von Zweckmäßigkeit und Formenschönheit umfaßte jede Burg die Wehranlagen, Mauer und Graben, Tor und Türme und Wehrgang, die Blume, in denen die Brüder lebten, Kirche, Remter, Schlafraum und Wohnung des Komturs, dazu die Vorratsräume vom Keller bis zum Kornboden und in der Vorburg alles das,

was für die Verwaltung und die Wirtschaft notwendig war, Speicher und Scheunen Schmiede und Backstube, Mühle und Werkstätten.

So erhoben sich planvoll verteilt im ganzen Lande etwa 150 größere und kleinere „feste Häuser“, alle an Größe und Schönheit übertreffend die Marienburg, die größte Burg des Abendlandes und die erste feste Residenz eines deutschen Fürsten. Gewaltig waren auch die Burgen, in deren Schutz sich die Städte entfalten. Thorn, Kulm, Rheden, Marienwerder Elbing, Danzig, Königsberg und andere. Aber auch Burgen, die ohne eine Stadt in ländlicher Umgebung lagen, wie Balga und Lochstädt am Frischen Haff, standen ihnen nicht nach. Bescheidener, wenn auch nicht weniger schön waren die Burgen im Innern Preußens wie die Bischofsburgen Heilsberg, Rössel und Allenstein und die Häuser an der Grenze, am Rande der Wildnis von Memel und Ragnit über In-

### Nie erinnern uns, daß ...

... Treptow an der Rega, sechs Kilometer von deren Mündung in die Ostsee, mit seiner gotischen Marienkirche, die aus dem 14. Jahrhundert stammt ein Wahrzeichen für die Seefahrt war, das in alten Seemannsliedern immer wieder erwähnt wird.

... ein Ausläufer des schlesischen Berglandes der Trebnitzer Landrücken oder das „Katzengenberg“, ließ, das im Weinberg eine Höhe von 217 Metern über dem Meeresspiegel erreichte und das Ausflugsziel vieler Erholungsuchender darstellte.

... auf dem Friedhof in Cressen die Grabstätte des Dichters Kluband lag, dessen Vater als Apotheker in dieser Stadt zwischen Oder und Bober wohnte.

... es in Schwedt ein Bier gab, das unter dem Namen „Schöps“ weithin bekannt war und im 16. Jahrhundert selbst nach Italien ausgeführt wurde.

# Sonnenstrahlen spielen um alte Erker

## Ein Gang der Erinnerung durch Eger / Von Hermann Ulbrich-Hannibal

Nur wenig Städte im ehemals deutschen Lebenskreis Mitteleuropas blicken auf eine so wechselvolle, interessante Geschichte zurück wie Eger, der Hauptort des fruchtbarsten Egerlandes, dessen deutsche Bewohner sich allezeit durch ihre Tracht und ihre Sitten und Gebräuche von ihren tschechischen Nachbarn unterscheiden.

Obwohl das Stadtbild trotz seiner historischen Bauwerke und seiner malerischen Winkel einen ganz anderen Ausdruck hat als die berühmten fränkischen mittelalterlichen Städte, ist Eger kaum weniger sehenswert als Nürnberg, dessen politische und wirtschaftliche Rivalin es jahrhundertlang erfolgreich war. Trotz des industriellen Aufstiegs der in früheren Zeiten 32.000 Einwohner zählenden Stadt ist in einigen Stadtteilen ganz das ursprüngliche Aussehen erhalten geblieben, das Eger schon zeigte, als sich Wallenstein mit seinen letzten Getreuen dorthin flüchtete. Man glaubt auf dem langgestreckten Marktplatz nicht eine graue, bejahrte Hausfront zu finden, die dort nicht schon vorhanden war, als Hauptmann Devereux mit einigen Soldaten über den Marktplatz ging, um Wallenstein zu ermorden, und nicht ein vom Alter bunt gefärbtes Dach zu sehen, auf das nicht schon die Sterne blickten, aus denen Senf das Ende seines Herrn nicht lesen konnte.

Schöner als die hohen Giebel der alten Patrizierhäuser, die den Marktplatz umtömen, sind ihre an Fensterlücken überreichen Dächer. Es gibt keine Stadt, in der die Dachstühle so auffällig mit den Häusertrümpfen weitert. Diese architektonische Eigenart läßt die Stadt noch älter erscheinen als sie wirklich ist und verleiht ihr ein malerisches Gepräge, das am schönsten ist, wenn die Sonnenstrahlen um die vielen kleinen Erker der Dächer spielen und aus den alten Ziegeln die buntesten Farben herausholen. Es ist, als wenn die Dächer das geschäftige Treiben, zu dem sich früher die deutsche Bevölkerung auf dem Markt versammelte, neugierig beobachten, Jahrhundertlang beobachtet haben, ohne die Welt zu begreifen.

Wenn sie reden könnten, würden sie von den Schweden erzählen, die während des Dreißigjährigen Krieges die Stadt zweimal einnahmen, von den Franzosen, die im österreichischen Erbfolgekrieg unter Moritz von Sachsen die Stadt belagerten, und von den Tschechen, die dort in unserer Zeit die deut-

sche Bevölkerung drangsalierten oder umbrachten.

Wie das Stadthaus, wo Wallenstein die letzte Nacht seines Lebens verbrachte, ist fast jedes Haus auf dem Marktplatz voll von geschichtlichen Erinnerungen. Im ersten Geschloß, wo sich früher ein heimatkundliches Museum befand, liegt das Zimmer, in dem Wallenstein am 25. Februar 1634 ermordet wurde. Es versetzt in den schicksalsschweren Zeitabschnitt des deutschen Mittelalters. Nachdem Senf das Zimmer verlassen hatte, war der Friedländer im Begriff, sich zur Ruhe zu begeben, als er Waffenlärm hörte. Gleich darauf stand Hauptmann Devereux vor ihm und stieß ihm mit den Worten „du schlimmer, meißeliger, alter rebellischer Schelm“ die Partisane in die Brust.

Dem Stadthaus schräg gegenüber liegt das früher als Schillerhaus bezeichnete Gebäude, in dem der Dichter des „Wallenstein“ wohnte, als er 1791 in Eger Studien für seine Trilogie machte. Die Stadt war ihm für sein Werk, das auf die geschichtliche Bedeutung Egers hinweist, den Dank nicht schuldig geblieben, hatte in früheren Zeiten nicht nur das Haus in Ehren gehalten, in dem Schiller gewohnt hatte, sondern auch ihre Parkanlage nach ihm benannt und ihm dort ein Denkmal errichtet.

Andere sehenswerte Gebäude des Marktplatzes wie das Schirmdinger Patrizierhaus, das alte Egerländer Landtagsgebäude und der als Sächsel bezeichnete alte Häuserblock, der aus dem 14. Jahrhundert stammen soll, rufen Glück und Glanz aus der Zeit zurück, als Eger zu den bedeutendsten Städten des Reiches gehörte. Im Angesicht dieser Häuser plätschern zwei Brunnen, die in deutscher Zeit als Wildermann- und Wastel-Brunnen bekannt waren. Auf dem Sockel des letzteren steht ein Landsknecht, der das Zeichen des alten Bürgerrechts Eger trägt.

Die Hauptebenswürdigkeit von Eger war für jeden deutschen Besucher jedoch die von Friedrich Barbarossa erbaute Kaiserburg, deren verfallene Mauern sich über der munteren Eger aus einem grünen Kranz emporrecken. Wie in früheren Zeiten verkörpert der aus Basaltlavaabfällen errichtete Bergfried, den die Egerländer den Schwarzen Turm nannten, die alte Wehrtrutzigkeit, die die Kaiserburg ausstrahlte. Kulturhistorisch unvergleichlich ist die romanisch-gotische Doppelkapelle der Burg. Von dem großen Bankettsaal der Burg ist nur eine der schönen

Hauptmauern übrig geblieben. In diesem Saal gab der Kommandant von Eger den letzten Getreuen Wallensteins, die den Friedländer auf seiner Flucht begleiteten, ein Festmahl, um die arglos der Einladung gefolgten Offiziere von den Anhängern des Kaisers niedermetzeln zu lassen.

Aus diesem Saale stürzte, nachdem das Blutgericht stattgefunden hatte, Hauptmann Devereux mit seinen Soldaten nach der Wohnung Wallensteins im Stadthaus, um die Aufgabe, für die sich Oberst Butler beim Kaiser verbürgt hatte, vollends zu erledigen.

Eger hat das Los, zu den Schicksalstädten der Geschichte des Deutschen Reiches zu gehören, immer mit bewundernswerter Würde getragen. Die Beschichtung der uralten deutschen Stadt war daher immer mehr als eine Illustrierung der Geschichtsschreibung, war eine Vergegenwärtigung einer dramatischen deutschen Vergangenheit.



DER MARKT IN GÖRLITZ

Seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges ist Görlitz zweigeteilt. Der Lauf der Neiße bildet die Grenze. Der Hauptteil der Stadt blieb deutsch; der kleinere Teil, rechts der Neiße, steht heute als „Kreisstadt Zgorzelec“ unter polnischer Verwaltung. (Heimatbild).

sterburg und Lützen bis nach Neidenburg und Soldau.

Der Empörung der Bürger am Ende der Ordensherrschaft fielen manche Burgen zum Opfer. So blieb von den großen Anlagen in Danzig und Elbing kein Stein auf dem anderen. Mehr hat der nüchtere Sinn einer Zeit, die jeden Wert nur nach seinem finanziellen Nutzen berechnete, zerstört. Die Burgen verfielen und wurden als Steinbrüche für Zweckbauten benutzt, z. B. Balga und Lochstädt für die Festung Pillau; die Ruinen dienten als Magazine und Lagerräume, soweit sie dafür noch brauchbar waren.

Das war auch das Schicksal der Marienburg. Erhalten blieben, wenn auch oft durch Umbauten entstellt, die Burgen, die der Staat zur Unterbringung von Behörden benutzen konnte, für Landratsämter und Domänenkammern, Gerichte und Gefängnisse. So blieb auch das Königsberger Schloß bestehen, das als Residenz der letzten Hochmeister und der Herzöge und als Krönungsstätte der Könige von Preußen sogar noch ausgebaut und vergrößert wurde und die Domänenkammer, die Regierung des Oberlandesgericht und andere Behörden beherbergte.

Erst die Zeit der Romantik, in der Volkstum und Geschichte mit neuem Eifer erforscht und gepflegt wurden, hat den Ordensburgen den Rang nationaler Baudenkmäler wiedergegeben. Die Marienburg und Schloß Heilsberg wurden wiederhergestellt, die anderen Burgen sorgsam in ihrem Bestande erhalten und gepflegt. In vielen blieben Behörden und Gerichte weiter tätig, in andere zogen Heimatmuseen und Jugendherbergen ein.

Das Inferno von 1945 hat viele Burgen in rauchgeschwärzte Ruinen verwandelt, doch ihre Mauern sind stehen geblieben. Es dringen wenig Nachrichten zu uns herüber, was die derzeitigen Herren des Landes mit ihnen anfangen werden. Es heißt, daß das Königsberger Schloß Ruine bleiben, die Marienburg als polnisches Museum wiederhergestellt werden soll. Sei dem, wie dem wolle, in jedem Falle sind die Ordensburgen Geist von einem Geist, mit dem die Eroberer nichts zu schaffen haben und den sie nicht verstehen, der Geist zuchtvoller Ordnung und Gerechtigkeit, der dem Frieden und der Freiheit dient. Dr. G a u s e